

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monat 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Von  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Rotations-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Verord-  
 nungen und Verordnungen 20 Pfg.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 11. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Um Liebknechts Wahlkreis.

Am 30. Oktober werden die Proletariatsmassen des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises, die am 16. Juni 1898 ihrem kampfergrauten Veteranen Wilhelm Liebknecht durch die Abgabe von fast 60 000 Stimmen den glänzendsten Wahlsieg Deutschlands bereiteten, abermals eine Wahlschlacht zu schlagen haben. Und diesmal unter den Augen der ganzen deutschen Socialdemokratie. Die Wunde, die durch den unerwarteten, doppelt schmerzlichen Tod des Ewigjungen gerissen worden ist, wird sobald nicht wieder ausgefüllt werden können, doch ist es in die Hände seiner Wähler gelegt, durch die Wahl am 30. Oktober zu beweisen, daß der Geist des alten Soldaten der Revolution, des Feuerkopfs im greisen Haar noch hinreichend und thatbefähigt in den Arbeiterbataillonen des proletarischen Nordens der Reichshauptstadt lebt. Wie die Bourgeoisie des eleganten Berlin W. durch den endlosen Trauerzug des „Alten“ aus der gelangweilten Sonntagsgesellschaft zu scheuem Staunen hingeknickt wurde, so wird ihr auch die Revue der Arbeiterbataillone des werthigsten geruchsvollen Berlin N. widerwärtige Achtung abnötigen vor der eisernen Selbstdisziplin, dem unerreichten Pflichtbewußtsein der socialistischen Arbeiterschaft. Wer wollte es leugnen, daß in den imposanten Wahlsiegen des VI. Wahlkreises neben dem proletarischen Massenbewußtsein auch die begeisterte Verehrung für den erprobten Vorkämpfer zum Ausdruck kam? Das ist menschlich schön und begreiflich, das ist psychologisch notwendig. Nun es jedoch gilt, mit dem geistigen Erbe Liebknechts zu wachern, dem von der Masse erkorenen Nachfolger das nachgelassene Mandat zu übertragen, wird kein Klassenbewußter Arbeiter zu Hause bleiben. Vollends kein Verehrer des „Alten“. Denn der Name Liebknecht ist kein politischer Fetisch, sondern die Verkörperung eines Princips, eine Kampfpavane.

Energisch ist die Arbeiterschaft auch bereits in die Wahlagitatio eingetreten. Eine Reihe von Volksversammlungen hat den Kampf eröffnet. Das Fortrückweihen eines Teils der Gegner hat die Frontstellung vereinfacht. Wie die Leser bereits wissen, hat der Freisinn Wahleuthaltung proklamiert. Die freisinnige Volkspartei will sich nicht einer Niederlage aussetzen, die diesmal um so empfindlicher für sie werden müßte, als sie die richtige Stimmabgabe der Socialdemokratie nicht einmal dem ausgebliebenen „Personenkultus“ der „verbliebenen“ Wählermassen aufs Konto setzen könnte. Seine bösen Vorahnungen verbarb der Freisinn deshalb unter der grotesken Ausrede, daß er es nicht verantworten könne, im Falle einer Stichwahl zwischen dem konservativ-antisemitischen und dem socialdemokratischen Kandidaten seine Wähler dem Socialdemokraten zuzuführen, da dieser ein Aeneas und im Gegensatz zu Liebknecht ein „nicht ernst zu nehmender Gegner“ sei.

Auch die freiwillige Hilfsarmee der Weltbörsepolitik, die National-Socialen, bekunden keine Lust, nach längerer Pause wieder einmal einen frühlich-dreisten Jamesonzug in das Feindesland zu unternehmen, obwohl nicht leicht eine den Wagenhut himmischer Welt-erobere herausfordernde Gelegenheit gefunden werden könnte, durch socialistische Friedensideale verimpelte Wählermassen für die nordenfährende, alle „Weichlichkeit“ verpöndende Weltanschauung der National-Socialen zu gewinnen. Die Pastorenpartei scheint sich aber wenigstens aus ihrer theologischen Vergangenheit eine christliche Tugend errettet zu haben: die Entsagung.

Im Gegensatz zu der maxime-christlichen Wetterpartei der National-Socialen scheint jedoch das Centrum die bevorstehende Nachwahl zu einer kleinen Gefechtsübung benutzen zu wollen. Bei der 1898er Wahl brachte es das Centrum in Berlin im ganzen auf 4754 Stimmen, im 6. Wahlkreis speziell auf 1748 Stimmen, Grund genug für die neue Regierungspartei, durch Aufstellung von Wahlkandidaten ihre Schäflein vor dem Eingehen politischer Wischeßen zu bewahren.

Als einziger ernsthafter Gegner bleibt das konservativ-antisemitische Kartell übrig, das es 1898 auf 15 554 Stimmen brachte. Wie bei der vorigen Wahl wird es auch diesmal kurz vor dem Wahltermin die bekannte, durch christlich-germanische Bornheimsheit des Tons und Wahrheitliebe sich auszeichnende intensive Agitation entfalten. Alle die verstaubten Rabenhüter der Schweinburgischen, Hülleschen und Stöderischen Socialistenverteilung werden dann in den Flugblättern dieser reaktionären Kohorte wieder zu Ehren kommen.

Die Socialdemokratie erhielt 1898 trotz Freisinn, Centrum und Städerei 58 778 Stimmen. Es hieße die Genossen beleidigen, wollte man annehmen, daß sie diesmal weniger glänzend abfäheiden würden, sei es auch nur wegen des Gefühls absoluter Sieges-sicherheit. Die Stimmengahl muß im Gegenteil diesmal noch vermehrt werden. Das kann so leicht geschehen, wenn die Genossen in der Wahlagitatio nur ihre volle Schuldigkeit thun. Denn noch beteiligten sich auch an der vorigen Wahl, trotz des erheblichen Wachstums der socialdemokratischen Stimmen, Zehntausende von Arbeitern nicht. Lebten doch von 142 228 in die Wahllisten eingetragenen Wählern nur 57 300 ihr Wahlrecht aus, d. h. 61,4 Proz. Der 6. Wahlkreis blieb hinsichtlich der Wahlbeteiligung noch um 2,7 Proz. hinter dem 4. Wahlkreis zurück, der die zweitgeringste Wahlbeteiligung aufwies. An der Wahl im 8. Wahlkreis beteiligten sich 77 Proz., also fast 16 Proz. mehr als im 6. Wahlkreis. Sollte der 6. Wahlkreis nicht eine ebenso energische Wahlbewegung in Fluß bringen können, wie der dritte? Das ist freilich nur dann möglich, wenn die feige Zurückhaltung eines Teils der Gegner die Socialdemokratie nicht zum beglücklichen Ausruhen auf ihren Lorbeeren, sondern zu um so hingebenderer Thätigkeit anspornt. Das ist schon deshalb nötig, weil wir nicht nur wählen, um nur ein Mandat zu erobern, sondern um die Massen des Proletariats bis zum Grunde aufzurütteln und zur Teilnahme an dem so ernstlichen socialen Ringen der Zeit zu bewegen!

Selbst die liberale Presse, die „Vossische Zeitung“ ist der Ansicht, daß die augenblicklich „herrschenden Strömungen“ stark genug wären, um der Socialdemokratie die Segel zu schwellen. Selbst Nichtsocialdemokraten würden die Gelegenheit benutzen, um gegen das herrschende System zu protestieren. Wenn der weltpolitische Kurs nach Ansicht der „Voss. Ztg.“ sogar den liberalen Weisbier-Philistern zur Demonstration aufzupfeischen vermag, um wieviel mehr Veranlassung hat der Arbeiter, dies stete Opfer des kapitalistischen va banque-Spiels, sich zum nachdrücklichsten Protest aufzurufen.

Es gilt nicht nur die Wahl Ledebours, es gilt, eine würdige Manifestation für den socialistischen Gedanken ins Werk zu setzen unter der Losung: Gegen die Weltpolitik, gegen den Marinismus, gegen den Militarismus, gegen den Brotwucher, gegen den Scharsmacher- und Zucht-hauskurs, und für die Kultur- und Friedenspolitik, für Handelsverträge, für eine durchgreifende Socialreform, für Volksrechte und Volksfreiheiten! Der Gegner im Wahlkampf ist nicht der im Wahlkreis für immer aufs Haupt geschlagene schwächliche Rest der Reaction, sondern die im Reiche noch ungebrochene, sich blähende, auf Anechtung und Auswucherung des Volks stauende Reaction!

Ihr gilt der Kampf, und der Sieg im sechsten Wahlkreise sei uns das Unterpfand und das Symbol des künftigen Sieges auf der ganzen Linie!

### China.

Es verlohnt sich kaum, aus dem Nachrichtenfluß, den jeden Tag der Telegraph bringt, auch nur eine geringe Auswahl zu bringen. Die Situation wird durch keine dieser Meldungen geklärt, und die meisten sind blanke Erfindungen.

Heute erfahren wir, daß der Kaiser von China den Prinzen Tuan und andre zur Nechenschaft gezogen habe. Ja, wir vernahmen sogar sensationelle Einzelheiten der Bestrafung. Aber diese Detaillierung macht die ganze Nachricht nur um so unglaubwürdiger. Es ist eine seit Anfang an zu beobachtende Erscheinung, daß die Meldungen um so unzuverlässiger werden, je mehr sie mit Einzelheiten renommieren.

Dagegen scheint es uns durchaus wahrscheinlich, wenn berichtet wird, daß die Einheit der Kulturtruppen in China immer stärker zerklüftet ist. Das kommt davon, wenn ein Weltgeneralissimus dirigiert.

### Deutsche Scharfmachereien.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß das chinesische Hoflager nach Singanfu verlegt ist. Dieser Entschluß bedeutet zweifelsohne eine wichtige Wendung. Wenn einzelne Stellen behaupten, für die Verhandlungen sei die Anwesenheit des Kaisers in Peking gleichgültig, so entspringe eine solche Auffassung dem Wunsch, mit den chinesischen Dingen schnell, wenn auch auf Kosten einer gründlichen und dauernden Regelung fertig zu werden. Gerade angesichts dieser Wendung sollten die Unterhändler entschrieben mit allen Mitteln auf der Rückkehr des Hofes nach Peking bestehen, bevor von einer friedlichen Regelung die Rede sei. Die wirksame Durchsührung des von allen Mächten gebilligten deutschen Vorschlages, wonach die Bestrafung der Uebelthäter unter der Kontrolle der diplomatischen Vertreter in Peking erfolgt, bedinge, daß der Hof dorthin zurückkehre.

Es wäre zweckmäßig, wenn die Offiziellen nun endlich die Versuche, den Chinaraden zu beleben, einstellen würden. Sehr zutreffend bemerkt die ogranische „Deutsche Tageszeitung“, daß jene letzte französische Note, die an Geschicklichkeit mit den Wilkowschen Leistungen wetteifern konnte, es uns ermöglicht, in den Hintergrund zu treten und Deutschland in die „glückliche Lage“ gebracht habe, „sich auf den Standpunkt des Abwartens zurückziehen zu können.“

### Die Bestrafung der Schuldigen.

Wie „Reuters Bureau“ aus Peking vom Donnerstag meldet, sind Abschriften des Edicts, welches die Prinzen Kang-ji, Tsai-tien und Tsai-jing ihrer Titel und Würden entkleidet, den Mitgliedern des diplomatischen Corps mündlich zugestellt worden. Prinz Tuan verliert alle seine Aemter und seine Pension und wird dem Ministerium des kaiserlichen Haushalts zur Bestrafung übergeben. Kang-ji und Tschao-schu-schiao werden dem Censuramt überantwortet.

Nach einer amerikanischen, unglaubwürdigen Meldung sollen Jinghien, Kang-ji und Tschao-schu-schiao enthaupet, Prinz Tschuang, der Herzog Tsailan und Prinz Jch zu lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt und Prinz Tzuan verbannt sein nach den kaiserlichen militärischen Poststrafen an der sibirischen Grenze als weitere Strafe für die Unterstüßung, welche er den Bogern angedeihen ließ.

### Mandanten-Stimmungen.

Ein Gewährsmann der „Voss. Zeitung“ hatte eine Unterredung mit einem chinesischen Diplomaten, der die folgenden Betrachtungen entnommen seien, auch wenn sie nur eine erfundene Satire sein sollten:

„China sollte sich den Europäern ruhig überantworten? Wissen Sie, was das heißt? Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß von 400 Millionen Menschen 300 Millionen sich ruhig der Vernichtung anheimgeben; denn wenn Europa sich darüber auch nicht klar sein mag, China ist vollkommen davon durchdrungen, daß es keinen Frieden zwischen chinesischer und europäischer Kultur geben kann, sondern nur Krieg bis zur Erschöpfung beider Rassen oder bis zum Unterliegen der einen. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Bestreben europäischer und chinesischer Kultur im Grunde das gleiche ist: dem Einzelnen innerhalb der Gesellschaft die höchste Glückseligkeit zu ermöglichen. Diese höchste Glückseligkeit besteht nach dem gleichlautenden Bekenntnis der Weisen beider Kulturen darin, daß der Einzelne bei mäßiger Arbeit Ruhe genug habe, über sich

selbst und seine Bestimmung, wie über die ewigen Dinge nachzudenken.

Das zu erreichen haben die europäische und die chinesische Kultur verschiedene Wege eingeschlagen. Ihr Europäer sagt: Zur Glückseligkeit gehört langes und gesundes Leben, gehört darum gutes Essen, gute Wohnung, gehören allerlei kleine Dinge, gehört, kurz gesagt, Geld und wieder Geld, und alles strebt deshalb bei Euch nach Besitz, heßt sich ab, jagt und arbeitet ohne Rasten Tag und Nacht, — und mir sagen Sie: erreicht Ihre Kultur das vor-gestreckte Ziel?

Sie wollen gute Wohnung für alle und haben darum breite und schöne Straßen; aber ich höre, daß es Tausende giebt, die in dumpfen Löhern hausen, Hunderte, die gar keine Wohnung haben. Auch sollen Tausende bei Euch hungern und darben.

Da ist man in China anders verfahren. Das Volk hat dort Euren Land und vielen Handrat nicht; es giebt keine breiten, schön gepflasterten Straßen, keine vornehmen Häuser, giebt keine großen Gastmähler; ganz im Gegenteil ist der Chinese so genügsam, daß es Euch schaudert, schon wenn Ihr daran denkt; aber eben infolge seiner Genügsamkeit erreicht der Chinese das gemeinsame Ideal vollkommener wie Ihr Europäer.

Nach Euren Begriffen sind seine großen Städte schmutzig, seine Wohnungen ungesund, und in gewissem Sinne ist das richtig; wo aber giebt es einen Chinesen, der tagtäglich in Angst um den Tribut für den Hausbesitzer bangt, der sich obplagt bis in die Nacht, nur damit er seine Wohnung behalte? Was ist mir besser: in guter Wohnung darben und in fester Angst leben oder in geringerer Behausung gemächlich seinen Geschäften nachgehen?

Eure Kultur hastet an Neugierlichkeiten; der Chinese ist mehr innerlich. Euch Europäern ist der Besitz alles, dem Chinesen ist alles die Ruhe. Durch Jahrhunderte ist der Chinese zu der Anschauung erzogen, daß nicht der Besitz an irdischen Gütern das Glück macht, sondern die abgeklärte Ruhe; darum stößt ihm Eure europäische Uebergeschäftigkeit entgegen ein; Ihr seid ihm wirklich Barbaren, die barbarisch eine ganze Kultur um lediger Vorteile in den Staub treten wollen.

Darum wissen die Chinesen ganz genau, daß Ihr auch das chinesische Volk in den Teufel stürzen wollt, daß Eure Geschäftigkeit in China Eingang halten soll; dem widersehen sie sich aufs äußerste!

Europäisch soll jetzt China werden, und das will es nicht. Darum macht Euch auf Strome von Blut gefaßt und auf eine furchtbare Katastrophe, wie sie die Welt noch nie gesehen, es sei denn, daß Europa anders denken lernt. Das ist Chinas Stimmung.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober.

#### Konstitutionelle Selbsthilfe.

In aller Gemüthlichkeit erklärt ein Berichterstatter, das preussische Staatsministerium sei zwar am Dienstag beisammen gewesen, habe aber den Termin der Einberufung des Reichstags nicht erörtert; eine Sitzung des Bundesrats findet diese Woche überhaupt nicht statt.

Es ist räthend, mit anzusehen, mit welcher Geduld sich unsre bürgerlichen Parteien, die doch im Parlamentarismus ihre eigentlichen staatsrechtlichen Ideal sehen, in ihre Entnützung finden. In jener Zeit, da unsre liberales Bürgerthum noch einiges Kraftgefühl hatte, würde wohl eines Tags das Parlament, überdrüssig des Spiels, das mit ihm getrieben, zur Selbsthilfe gegriffen, der Präsident würde die Herren nach Berlin einberufen haben und dort würden, im Hause der Volksvertreter, diese eine, wenn auch private Session eröffnet haben, um zu reden, zu protestieren und zu beschließen.

Heute kommen die bürgerlichen Parteien gar nicht mehr auf solchen „revolutionären“ Gedanken. Sie zürnen mit der Feder und — leiden geduldig.

#### Ein Wohnungsgesetz

Es ist in der That von der preussischen Regierung vorbereitet worden. Aus dem Miquel-Rheinbabenischen Amtsstuben kann natürlich nichts Wertvolles herauskommen. Höchstens wird man vielleicht unter dem Vorwand einer Wohnungsreform verhehlen, die Ausfülligkeit der ostelbischen Landarbeiter zu beseligen.

**Großindustrie und Handelspolitik.** Die Herren Jende und Bued geben in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Centralverbands deutscher Industrieller Nachenschaft über die Stellungnahme des Verbandsdirektoriums zu den Fragen der Handelspolitik. Das Direktorium hat am 19. September d. J. folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Direktorium des Centralverbands deutscher Industrieller erachtet den Abschluß von Handelsverträgen auf eine thunlichst lange Zeit im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens für unbedingt notwendig, ebenso, daß dabei den Gewerben jeder Art der nach Maßgabe ihres Bedürfnisses und der Interessen des Gemeinwohls zu bemessende Schutz erhalten bleibe, bezw. gewährt würde.“

Dieser Beschluß läßt für die Zukunft jede bestiebige Stellungnahme des Centralverbands offen. Zwar bedeutet die Betonnung der Notwendigkeit langfristiger Handelsverträge eine Abgabe gegen jene agrarische Annahme, die zwerd Fällung der Zunftischen Industrie und Handel rückwärtslos niederzutreten bereit ist. Dennoch behält sich der Centralverband die Gewährung von landwirtschaftlichen Hungerzölle vor. Es wird von der Entwicklung des deutschen Industriemarkts in der nächsten Zeit abhängen, wie weit die Herren Industriemagnaten gemeinsam mit den Agrariern die Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch Schutzzölle betreiben werden.

Die Begründung, die das Direktorium des Centralverbands der Resolution giebt, bestätigt noch mehr als die Resolution selbst, daß die Centralverbändler sich vorläufig nicht festlegen wollen. Es wird mitgeteilt, daß im Verbandsaufsatze die Ansichten über die Art des aufzustellenden Tarifs — ob Tarif nach dem Muster von 1879, ob Doppeltarif nach jetziger Agrarierforderung —

geteilt gewesen sein. Darum will auch das Direktorium keine bestimmte Stellung zu dieser Frage nehmen und überläßt es der Regierung, die Mittel und Wege zu wählen, wie die in der Resolution bezeichneten Ziele zu erreichen seien. Das Direktorium — so sagt das Rundschreiben — erachtet die Verantwortung für die Industrie als zu groß, wenn sie bei den in manchen Beziehungen recht schwierigen Verhältnissen, und bei der Verschiedenheit der Ansichten bezüglich der hier vorliegenden Frage in den bedeutendsten mit ihr in Beziehung stehenden Kreisen, der Exekutive des Reichs Ratsschlüsse in einer Sache erteilen wollte, deren Lösung sich auf einen von ihr beherzten, der Industrie aber ziemlich fernliegenden Gebiete, dem der Verhandlungen mit dem Ausland, zu vollziehen hat.

Diese selbe Uneinigkeit und Unentschlossenheit des Centralverbandes in den Zollfragen drückt sich endlich auch darin aus, daß alle Anträge der Verbandsmitglieder zum Tariffschema und zu den Zollsätzen, sowie die speziellen Beschlüsse des Verbands der Oeffentlichkeit vorenthalten bleiben sollen, weil „bei dem Widerspruch der Ansichten und der zunehmenden Erregung und Helligkeit, mit der sie öffentlich vertreten werden, jeder in dieser Sache unternommene Schritt und gestellte Antrag der Mißdeutung von gegnerischer Seite ausgelegt ist“.

Wie auch immer die im Centralverband vertretene Großindustrie sich zu der Frage der Handelspolitik stellen wird, die Agrarier werden sicherlich — wenn der Centralverband die Entscheidung hat — nicht überfahren. Die deutsche Großindustrie, in blinder Furcht vor der Arbeiterklasse, wird den Bundesfreund in alle Reaktionswege nicht verlassen.

Die „Post“ wendet sich gegen unsere Besprechung des Majestätsbeleidigungsprozesses Harden um ihre Parteinahme zu Gunsten des Verurteilten, obwohl wir — — noch mit keiner Silbe den Fall erörtert haben. Ein merkwürdiges Beispiel von journalistischer Gallianität!

In der That liegt kein Anlaß vor, so weit uns das Material bekannt ist, diesen Fall einer besonderen Erörterung zu unterziehen. Herr Harden ist, wie unzählige andre, verurteilt worden, weil jede noch so berechtigte Kritik am Kaiser — Dank dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen — zur strafbaren Handlung wird. Wie immer in diesen Prozessen ist die Oeffentlichkeit angeschlossen worden, so daß dem Angeklagten nicht einmal vergönnt ist, an das Urteil der Allgemeinheit zu appellieren. Nur über eine Besonderheit, die diesen Prozeß auszeichnet, hätten wir Anlaß, nachzudenken: niemals wird ein sozialdemokratischer Majestätsbeleidiger zu Festungshaft verurteilt, für ihn giebt es nur Gefängnis. Kürzlich erst ist ein sozialdemokratischer Redacteur zu einem Jahre Gefängnis — unter Zuhilfenahme des dolus eventualis — verurteilt worden wegen eines Scherzes, der keine Beziehung zur Person des Kaisers enthielt!

Harden ist — mit verhältnismäßig geringem Schaden als andre — dem § 95 zum Opfer gefallen, der das Elend und die innere Verlogenheit unserer Justiz auf ein erbliches Erbteil verurteilt. Diese Verhältnisse werden sich nicht eher bessern, als bis dieser Paragraph beseitigt ist; vielleicht erweist man ihn durch eine Schutzbestimmung gegen den Byzantinismus.

Ein konfessionsloses Bundesratsmitglied. Die Konfessionslosigkeit ist nun auch in die christliche Gemeinschaft des Bundesrats eingedrungen. Der kirchenfremde heftige Finanzminister Gnauch ist zum stellvertretenden Bevollmächtigten beim Bundesrat ernannt worden.

Bei dem ungemainen Aufführung der Frömmigkeit, der sich in regierenden Kreisen zeigt, wirkt diese Delegation eines Abtrünnigen fast wie eine Demonstration.

Reizende Kameraden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ das bayrische Organ für Skatium, veröffentlichen einen Brief eines deutschen Offiziers, in dem es heißt:

„Von Longkau (Kopfstation der Bahn) an haben wir die grauenhaftesten Verwundungen des Kriegs gesehen, wie sie fürchterlicher nicht gedacht werden können. Alle Dörfchen an der Bahnlinie, an der zahlreiche russische Feldwachen stehen, sind systematisch niedergebrannt und verwüstet, totentstiegen liegen sie da, nur ein paar Hunde streifen um den Ortstrand und suchen Leichen, alle Einwohner, ohne Rücksicht von Alter und Geschlecht, sind von den Russen niedergemetzelt worden. Die Russen sind übrigens reizende, gute Kameraden, nächst ihnen gefallen mir am besten die Japaner. In Tientsin spottet die Verwüstung jeder Beschreibung! Die Chinesenstadt ist ein Trümmerhaufen, das Europäerquartier größtenteils durch Granaten zerstört.“

Wenn der deutsche Offizier nicht die Russen reizende, gute Kameraden nennen und also betreiben würde, daß er nicht im mindesten weidlich gestimmt ist, so würden die Raumannschen Rebolverschristen zweifellos Schlußdikt empfinden, ihre Vereinstätigkeit nach Ruhland zu verlegen, wo man noch Sinn für die Größe europäischer Kulturdebreitung hat.

Hoffentlich. In der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ lesen wir: Wie in Hoffreisen verlautet, soll der bekannte Graf Dönhoff-Friedrichstein, ein Freund des Oberhofmarschalls Grafen Eulenburg, demnächst in den Fürstenstand erhoben werden. In Hoffreisen wird dieses Gerücht mit recht gemischten Empfindungen aufgenommen, und zwar in Rücksicht auf die Art der Beteiligung des Grafen Dönhoff an den Gründungen in Riaktschu und die Art, wie die Gesellschaft des Grafen Konzeptionen suchte und ausnützte!

Patriarchalisches Regiment in Westpreußen. In der Gemeinde Ternowa bei Elbing wohnt der Amtsvorsteher mit peinlicher Strenge darüber, daß die Gemeindeglieder nicht zu viel Geld ausgeben oder beim laugen Aufbleiben in der Gastwirtschaft ihre Gesundheit schädigen. Dieser Tage schickte er 13 Postern und dem Lehrer einen Strafbefehl über je 2 M. wegen zu laugen Ineipens. Da die Leute weder zum Verlassen des Lokals aufgefordert sind, noch Kenntnis von der Dauer der Polizeistunde hatten, haben sie gerichtliche Entscheidung beantragt.

Die Bewegung der Gewerbe in Bayern, so schreibt man uns von dort, war schon im Jahr 1899 rückläufig. Wie aus dem letzten Heft der Zeitschrift des bayerischen Statistischen Bureau zu ersieht ist, überstieg die Zahl der Anmeldungen von Gewerben die Niederlegungen im Jahr 1899 bloß noch um 1817, während im Jahr 1898 diese Differenz 10 951, demnach mehr als 5mal größer war. Im Jahr 1899 betrug die Zahl der Gewerbe-Anmeldungen in Bayern 57 788, jene der Niederlegungen 55 969. In den Städten waren 1899 1537 (6,2 Proz.) mehr Anmeldungen als 1898 zu verzeichnen, auf dem Lande wuchsen diese bloß um 807 (2,6 Proz.); die Niederlegungen wuchsen in der Stadt um 3870 (20,4 Proz.), auf dem Lande aber um 7628 (20,9 Proz.) Man ersieht hieraus, um wie viel ungünstiger die Lage des Gewerbes auf dem Lande als in den Städten war.

Die Zahl der zum Kauf von Waren und zum Auffuchen von Warenbestellungen an Handelsreisende abgegebene Legitimationskarten war von 1890—1897 in einer fortwährenden Steigerung begriffen, gegen das Jahr 1890 mit 10047 Legitimationskarten wies das Jahr 1897 die Zahl von 17 329 Karten auf; schon 1898 zeigte sich ein kleiner Rückgang auf 17 244, also um 85 Karten; im Jahr 1899 beträgt gegenüber 1898 der Rückgang 532. Die Zahl der Legitimationscheine an Personen, welche gewerbmäßig Druckschriften oder andre Schriften zc. auf öffentlichen Wegen usw. austrufen, verkaufen, verteilen, stieg von 351 im Jahre 1898 auf 474 im verfloffenen Jahre, 276 dieser entfielen auf die Stadt München. Während über die Zunahme des Hausierhandels von den Mittelstands-Politikern in beweglichen Worten gelaßt wird, ergeht die bayrische Statistik, daß die Zahl der neuerertheilten Wandererbescheine in den letzten zehn Jahren mit

Ausnahme geringer Schwankungen im Rückgang begriffen ist. 1899 betrug sie 17 350, 1898: 17 909 und 1890: 19 003. Die Zahl der hierbei zugelassenen Begleiter betrug 1896: 2037, 1898: 1848 und 1899: 1846.

Die Zahl der Schank- und Gastwirtschaftsbetriebe wuchs von 1895 auf 1899 von 35 937 auf 38 296, auf 10 000 Einwohner kamen Betriebe dieser Art 1895: 62, 1899: 65. Außerdem gab es 1895 3870, dagegen 1899 4050 Kleinhandel-Betriebe mit Branntwein und Spiritus, in beiden Jahren und auch in allen dazwischen liegenden 7 auf je 10 000 Einwohner. Die meisten dieser Betriebe treffen auf das Weiland, die Pfalz, 13 auf je 10 000 Einwohner, die wenigsten, 3 auf je 10 000 Einwohner, auf die Oberpfalz, auf Niederbayern und Schwaben 4 auf je 10 000 Einwohner. Somit scheint das bayrische Bier noch immer das beste Mittel gegen die Schnapspest zu sein.

Beiträge zum Kapitel der Kohlennot. Aus Elsas-Rothringen wird uns geschrieben: Die am verfloffenen Sonntagabend in Differingen (Rothringen) abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der „Aktien-Gesellschaft für Eisen- und Kohlenindustrie Differingen-Dannensbaum“ beschloß für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 30. Juni 1899 bis dahin 1900 die Verteilung einer Dividende von 50 (fünfzig) Prozent. Der von der Verwaltung erstattete Bericht bezeugt die Entwicklung sämtlicher Anlagen, sowohl in Differingen wie in Dannensbaum, als sehr gut. Gefördert wurden in dem angegebenen Zeitraum 695 621 Tonnen Kohlen gegen 670 516 Tonnen im Vorjahre, während die Coalsbereitung gleichzeitig von 277 780 auf 287 970 Tonnen stieg. Die Ueberhäufe der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahrs 1900/1901 sind nach den Mitteilungen der Verwaltung noch erheblich höher als die des Berichtsjahrs und lassen noch gänzlicher Fertigstellung verschiedener in Ausführung begriffener Neubauten eine weitere Steigerung erhoffen. Der Kohlen- und Coalsmarkt sei äußerst fest.

Die in einem einzigen Jahr mit 50 Proz. ihrer Aktien-einlagen besetzten Herren Kapitalisten hatten also für den kommenden Herbst einer noch fetteren Beute entgegen, indes das arbeitende Volk zum höheren Preise der privatkapitalistischen Weltordnung sich im bevorstehenden Winter das Mark in den Knochen laput friert! —

Noch ein Heiligenmann. Von der Saar wird uns geschrieben: In der Verhandlung gegen den 51jährigen Pastor und Sanitätsinspektor Pieper aus Eberberg, der dieser Tage vom Saarbüder Schwurgericht wegen Unterschlagung von 31 000 M. Kirchengeldern zu fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf dieselbe Dauer verurteilt wurde, kamen über das Leben und Treiben im Hause des frommen Manns recht nette Dinge ans Tageslicht. Pieper verheiratet, seine Verheiratung durch den Hinweis auf die materielle Notlage in ein milderes Licht zu setzen, in die er durch die nützlichen Vermögensverhältnisse seines Vaters, die Erksaltung seiner Frau und die geringen eigenen Amtsbezüge geraten war, und hätte es in der That auch erreicht, von den Geschwornen mildernde Umstände zugebilligt zu erhalten, wenn die Beweisaufnahme sich für ihn hinsichtlich seines Lebenswandels nicht zu einem vernichtenden Strafgericht gestaltet hätte. So wurde unter andern bewiesen — wir folgen hier einem Verhandlungsbericht der „Lothr. Bürgerztg.“ —, daß Pieper, obwohl verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 15 und 18 Jahren, Jahre hindurch im ehelichen Domizil mit zwei Dienstmädchen, die er verheiratet hatte, nicht nur ein ehebrecherisches Verhältnis unterhielt, sondern sie auch zu unternatürlichen Unzuchtswegen verleitete. Sehr bezeichnend ist es, daß er beiden Mädchen die Ehe versprochen, mit dem Hinzufügen, seine Frau habe nicht mehr lange zu leben. Auch mit zwei Lehrerinnen unterhielt der Angeklagte einen fortgesetzten ehebrecherischen Verkehr, dem er besondere Reize dadurch abzugewinnen suchte, daß er die beiden Damen ohne alle Verleumdung in den denkbar unzüchtigsten Stellungen photographierte. Ein Gleiches hatte er bezüglich der Dienstmädchen gethan. Die beiden Lehrerinnen hatten im Vorverfahren jede Auslage verweigert, weil sie sich im andern Fall der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Ehebruchs ausgesetzt haben würden. Der Angeklagte aber räumte auch diesen Verkehr und alles, was an unzüchtigem Verkehr ihm anbestete, gerührig ein, offenbar weil er nur auf diese Weise seine Lage einigermaßen glaubte verbessern zu können. Die beiden als Zeuginnen vernommenen Dienstmädchen sagten ferner übereinstimmend aus, daß der Angeklagte ihnen unzüchtige Photographien anderer Personen — darunter auch die der beiden Lehrerinnen — gezeigt habe, mit denen er geschlechtlich verkehrte oder verkehrt hatte. Auch soll er ihnen gegenüber mit allerhand schmutzigen Liebesabentenern renommirt und sich dabei mit Vorliebe der gemeinsten Ausdrücke bedient haben.

Die geladenen Sachverständigen verneinten einstimmig aufs entschiedenste die Frage nach dem Vorhandensein eines geistigen Defekts bei dem Angeklagten, worauf die Geschwornen die Schuldfragen unter Verjagung mildernder Umstände in vollem Umfang bejahten.

Etwas vom Dreiklassen-Wahlssystem. In Rülheim a. Rh. wählten bisher in der ersten Wählerabteilung vier Personen gegen 145 in der zweiten und 4090 in der dritten. Durch den Wegzug des reichen Stabelfabrikanten Kommerzienrat von Gnillesame nach Köln haben sich die Zahlen beträchtlich verschoben. In der ersten Klasse wählen jetzt 26, in der zweiten 279 und in der dritten 4583 Wähler. Bisher hatten die vier Wähler der ersten Klasse den dritten Teil aller Stadtverordneten-Sitze zu vergeben, und jeder einzelne hatte so viel Stimmrecht wie 1000 Wähler der dritten Klasse. Die drei übrig gebliebenen Herren sind durch den Wegzug, also durch einen reinen Zufall, plötzlich an Bedeutung ganz erheblich gesunken, da sie jetzt nur noch den neunten Teil der Wahlberechtigten erster Klasse ausmachen, und das, trotzdem sich ihr Besitz vermehrt, und ihre „Bildung“ — das darf man doch annehmen — nicht abgenommen hat. Das „elendeste aller Wahlssysteme“ treibt wunderliche Blüten.

Ultramontaine Judiskreitionen. München, 9. Oktober. (Fig. Ver.) Die vortreffliche „Neue Bayerische Ztg.“, das Hauptorgan unserer Centralpatrioten, fühlte sich bemüht, dem „Vorwärts“ eine Vorlesung über Logik zu halten. Einige Bemerkungen, die das böse sozialdemokratische Blatt in Nr. 233 anlässlich des Kongresses latfölicher Gelehrten über das Verhältnis von latfölicher Wissenschaft zum kirchlichen Dogma sich erlaubte, hat die „Neue Bayerische“ bitterlich gekränkt. Mit — nach ihren Begriffen — seiner Vohheit meint sie, das „Wahrheit suchen“ sei schon manchen Genossen recht schlecht bekommen. Und das gefällige Wort: „Wer nicht patiert, fliegt hinaus“ beweise, daß in keiner andern Partei solche Tyrannen gegen Andersdenkende geübt werde, als in der Sozialdemokratie.

Nun können wir ja sichtlich darauf verzichten, diesen beliebten Ladehüter gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehender Drachentöter geistlichen und nichtgeistlichen Stands zum Ästen Male zu belächeln. Nebenbei wird aber vielleicht die entscheidende Konstatierung gestattet sein, daß die mit so verwerflicher „Tyrannie“ erzielte Disziplin unserer Partei bei der letzten bayerischen Landtagswahl den Centralpatrioten recht wohl gethan hat. Woher sie ja auch ihre ehrendste Anerkennung in Wort und Schrift anferteten.

Sollte sie aber hinter all der schönen Entrüstung nicht auch ein ganz klein wenig unchristlicher Reiz verbergen? Fast möchte man's meinen, wenn man die jüngsten Vorgänge in der ultramontanen Presse verfolgt. Die Neubayrische und ihre auch mitführende Schwester, die „Augsb. Postztg.“, haben einen bitterbösen Konfurrenten, den „Bayr. Kurier“. Zwar viele Abonnenten zählt dieses Blatt ja auch nicht, aber — es wird bei Hof gelesen und über das Panko an Abonnementsgeldern helfen ihm sette Wörseinsjerate notdürftig hinweg. Dafür, daß ihn die Centralpatrioten nicht als Partei-Organ anerkennen, rächt sich der „Kurier“ von Zeit zu Zeit durch Ausdecken allerlei pikantier Parteigeheimnisse. So mußten wir von ihm vor einigen Tagen die schmerzliche Nachricht erfahren, daß die fast ausschließlich von Geistlichen geleitete und bediente „Augsb. Postzeitung“ vor 30 Jahren einen schändlichen Partei-

verrat begangen hat. Die alte Tante vom Lech soll damals nämlich sich angeboten haben, zu den verhassten Latföholiten überzugehen!

Die Zeitung „Post“ kam sich dieser Behauptung gegenüber nicht verteidigen. Sie bezichtigte aber dafür den „Kurier“, er habe die Absicht gehabt, sich in heimtückischer Weise aus einem latfölichen in ein protestantisches Blatt umzuwandeln. Und die Vorbereitungen dazu hätten den latfölichen Aktionären des „Kurier“ bereits 750 000 M. gekostet. Nun hätte das Augsburgische Organ dem Münchener Bruder eigentlich einen ganz andren Grub senden können, wenn es ihn an einen gewissen Konrad Fischer erinnern wollte, der sogar dem Heiligen Vater seinen Segen abschwindelte und in eine höchst unangenehme Geschichte mit silbernen Löffeln verwickelt war. Das hat aber die Zeitung „Post“ wohlweislich unterlassen. Sie wird schon wissen, warum. Wir auch!

Was würden wohl die unglücklichen Aktionäre der Neubayrischen und gleichzeitigen Führer des Centrums darum geben, wenn sie die beiden stänkernden Konfurrenten mit einem kräftigen Fußtritt aus der Partei herausbefördern könnten?

Die Anarchistenkonferenz soll, wie gemeldet wird, nun doch noch stattfinden, es würden, wie es heißt, gegenwärtig zwischen den Großmächten Unterhandlungen gepflogen. Auf Anregung Italiens sei die Sache von einer andren Macht in die Hand genommen worden. — Jemand einen Erfolg würde natürlich auch diese neue Konferenz nicht haben, wenn die Regierungen, voran die italienische, sich nicht bemühen, die Ursachen der Verzweiflungsalte unglücklicher, fanatisierter Menschen zu beseitigen, nämlich das sociale und moralische Elend der Massen. —

## Ausland.

### Eine Rede Millerrand.

Der französische Handelsminister Millerrand hat in diesen Tagen eine Reise durch das Kohlengebiet des Pas de Calais gemacht; er ist von der dortigen Arbeiterbevölkerung mit Begeisterung empfangen worden. In Lens haben die Bergarbeiter ihm zu Ehren einen „Punsch“; bei dieser Gelegenheit hielt Millerrand eine bemerkenswerte Rede. Der Minister kam zunächst auf das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sprechen. Er erläuterte die Bedeutung des „heiligen Rechts“ der Koalition und des Streiks für die Arbeiter, dessen Aufhebung keine Regierung mehr wagen werde, und fuhr dann fort:

„Wer niemand weiß besser als die Arbeiter selbst, wie gefährlich oft die Anwendung des Streiks auch für die Arbeiter ist; es werden Siege errungen, aber auch viele Niederlagen sind zu verzeichnen. Selbst wenn der Ausbruch von Erfolg begleitet ist, welche Leiden hat er nicht im Gefolge — auch für die Sieger. Am meisten leiden immer die Arbeiter, dann aber auch die Unternehmer und schließlich auch das Publikum.“

Millerrand erinnerte weiter daran, wie in den wirtschaftlichen Kämpfen häufig genug auch Akte der Unbesonnenheit begangen werden, wie die Leidenschaften auf beiden Seiten erregt sind. Heute beschäftigten sich zahlreiche großherzige Geister damit, den Frieden zwischen den Nationen zu sichern, um wie viel verständiger und logischer sei es da, vor allen Dingen nach Mitteln zu suchen, den Krieg zwischen den Kindern desselben Landes zu verhindern.

Die Arbeiter, so führte Millerrand aus, seien schon dabei, diese wirtschaftlichen Kämpfe möglichst einzuschränken, und ihre Wünsche und Forderungen womöglich ohne Kampf durchzusetzen. Ueber die Arbeitsüberlegung oder die Wiederaufnahme der Arbeit müsse die Majorität der Arbeiter einer oder mehrerer Betriebe entscheiden können, die Minorität habe sich zu fügen. Der Einwand, daß es gegen das Prinzip der Freiheit verstoße, wenn eine Majorität der Arbeiter die Minorität zu Schritten zwingt, die sie — die Mehrzahl — für gut befände, sei durchaus nicht stichhaltig. Der Arbeiter sei als isoliertes Individuum machtlos, er müsse Kollektivverträge erstreben.

Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete sich Millerrand als streitbarer Anhänger der obligatorischen Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die in Frankreich bestehenden fakultativen Schiedsgerichte haben sich nicht bewährt. Er werde deshalb dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen und er hoffe, daß das Parlament sich seinem Wunsche, dem Fortschritt und dem socialen Frieden zu dienen, anschließen werde.

Millerrand besprach nun die von ihm geschaffene Institution der „Arbeitsräte“ und verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er in diesen Körpern die den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer eine so hervorragende Rolle zugeteilt habe. Er sei hier nur seinen früher ausgesprochenen Grundsätzen gefolgt, bei allen Gelegenheiten und unter allen Umständen habe er den Arbeitern zugehört: „Organisiert Euch, gründet Gewerkschaften!“

Wörtlich fährt dann Millerrand fort: „Diese meine Politik hat mir zwei sich entgegenstehende Vorwürfe eingetragen. Die einen sagen, ich organisiere den socialen Krieg, die andern werfen mir vor, ich habe meine Ideale aufgegeben und begnüge mich mit kindischen Reformen. Beide Vorwürfe sind unberechtigt; ich bin meinem Programm, das ich 1896 in St. Mandé aufgestellt, treu geblieben.“

Ich bleibe davon überzeugt, daß die Lohnarbeit ebenso wenig eine ewige Institution ist, als es die Sklaverei und die Leibeigenschaft gewesen sind. Das Eigentum, ohne das die wahre Freiheit des Individuums unmöglich ist, wird, das ist meine feste Ueberzeugung, eines Tags nur unter der Form auftreten, zu der die Entwicklung des Maschinenismus und die Konzentration des Kapitals führt, d. h. unter einer gesellschaftlichen Form, allen Menschen ohne Ausnahme gehörend.

Ohne Zweifel, zur Verwirklichung dieser Ideen ist ein langer, schwieriger Weg; der endliche Sieg kann nur das Werk der Zeit und der Erziehung sein. Davon bin ich noch ebenso überzeugt wie 1893 und 1899, als ich vor meinen Wählern erklärte, daß die Gewalt nicht ein Mittel der socialen Umwälzung sein könne.

Nein, nein! Bürger! Weder durch einen Coup, noch durch Gewalt, nicht durch die Diktatur, sei es die einer Person oder einer Partei, nicht durch die Gewalt und den Haß erstrebt und erhält das Proletariat seine Emancipation. Die Arbeiterklasse wird den Sieg erringen, indem sie sich jeden Tag mehr dazu befähigt, diszipliniert und sich selbst erzieht. Die Befreiung der Klasse, das wird jeder Preis sein der unaufhörlichen Anstrengungen, welche ihren Lohn nicht bloß in dem Gefühl erfüllter Pflicht finden, sondern auch in den Verbesserungen in der Gegenwart, die mit jedem Tage bedeutender werden.

Es ist die Pflicht, die Aufgabe der republikanischen Regierung, diesen Umwälzungsprozeß zu unterstützen. Diese Politik des Friedens, der Reformen, der gesellschaftlichen Organisation verteidige ich energisch, und diese Politik ist würdig Frankreichs und würdig der Republik.“

Die Auffassung, die Millerrand über den weiteren Gang der Entwicklung von der gegenwärtigen Gesellschaft zum Socialismus in seiner Rede kundgegeben hat, scheint uns durchaus nicht einwandfrei. Es ist aber anzuerkennen, daß ein leitender Staatsmann seiner socialistischen Ueberzeugung klar und offenen Ausdruck giebt.

Der neue Gesetzentwurf, den Millerrand anknüpft, entspricht einer Forderung der organisierten Arbeiter. Gelangen die obligatorischen Einigungsämter zur Einführung, so ist ein Mittel gegeben, langwierige und erbitterte Kämpfe in vielen Fällen verhindern zu können, ohne daß dadurch natürlich der Klassenkampf selbst beseitigt wäre, der erst nach voller Durchführung der socialistischen Ideale sein Ende finden kann. —

## England.

Die Wahlen und das Ministerium. Bisher sind gewählt: 350 Ministerielle, 124 Liberale und 77 irische Nationalisten. Brodrick und Morley wurden wiedergewählt. Die Ministerielle haben 27, die Opposition 24 Sitze gewonnen.

Der konservative „Globe“ bespricht in einem Artikel das Ergebnis der Wahlen und sagt, die Frage der Rekonstruktion des Kabinetts beschäftigt die Parteigänger der Regierung. Das Blatt glaubt, daß bedeutende Veränderungen bevorstehen, und daß der Rücktritt Goschens gefolgt sein werde von dem Rücktritt anderer, die ihre Sporen verdient haben und berodet sind, der Kluge zu genießen, so der Herzog von Devonshire, Chaplin und die Lords Croft und Ashbourne. Es werde allgemein anerkannt, daß der Regierung frisches Blut not thue. Der „Globe“ empfiehlt sodann die Ausnahme Whiddams und Brodricks im Kabinett, spricht die Hoffnung aus, daß Chamberlain das Kolonialamt zur Zeit behalten werde, und betont die Unmöglichkeit, daß das Amt des Staatssekretärs des Außenwärtigen noch länger mit der Würde des Premier-Ministers in einer Person vereinigt bleibe, da der Premier-Minister den auswärtigen Angelegenheiten nicht die ausschließliche Aufmerksamkeit und Wachsamkeit widmen könne, ohne welche die Reichsinteressen Schiffbruch leiden müßten.

## Spanien.

Barcelona, 9. Oktober. Zahlreiche Läden sind hier noch immer geschlossen. Infolge Einstellung der Arbeit in den Fabriken Kataloniens sind viele hundert Familien arbeitslos. In zahlreichen Fabriken in Vilanova und Calella wird wegen Fehlens des Garns nicht gearbeitet.

## Rußland.

Finanzschwierigkeiten. Der „Hamb. Korresp.“ veröffentlicht ein Schreiben, das ihm aus St. Petersburg zugegangen ist, und in dem bitter über Finanzschwierigkeiten der Regierung geklagt wird. Herr Witte, so heißt es dort, sei recht mißvergnügt aus Paris zurückgekehrt. Der Versicherung, daß er dort angeblich nicht Geld habe holen wollen, scheint wenig glaubhaft, desto fähiger, daß er feins erhalten hat. Die Zeiten seien vorbei, da die Franzosen die Taschen für die Russen aufgeschüttelt hätten, ohne daß man sie darum angehalten habe. Aber auch das Vertrauen auf die siegreiche Durchführung der Goldwährung sei im Schwanken. Die durch die Chinawären bedingten Mehrausgaben habe man nur mit Hilfe von Zollerhöhungen, Eisenbahn- und Meißelpapiersteuer aufbringen können. Diese Steuern, namentlich die Meißelpapiersteuer erregt aber in allen Bevölkerungsklassen viel Argerniß und bringe doch nur wenig ein. Die Hauptfrage sei indessen, daß es mit der allzu rasch aufgeschüttelten Industrie nicht mehr vorwärts geht und daß es erheblicher staatlicher Opfer bedarf, um die schleichende Krise hinzuhalten, die trotz den relativ verbesserten Ernte-Ergebnissen an dem russischen großgewerblichen Leben fresse. Dabei siehe man erst vor der Thür des Winters, der seit Jahren regelmäßig wirtschaftliche Notstände herbeigeführt habe.

## Afrika.

Eine Niederlage De Wets wird den „Times“ aus Breda fort Hood unterm 9. Oktober gemeldet:

Die Division der Kolonialtruppen und die Truppen von Oberst De Klerk hatten drei Tage lang vom 5. Oktober bis zum 7. Oktober mit De Wets zu kämpfen. Sie waren die Boeren aus ihren Stellungen und zerpöngten das Kommando, welches vollkommen demoralisiert die Flucht ergriff. De Wets hatte fünf Geschütze und etwa tausend Mann zur Verfügung. Die Geschütze fanden angeht der Verge vor Breda fort statt. Die britischen Verluste sind sehr unbedeutend.

Anfallend ist, daß nichts über erbeutete Geschütze oder gemachte Gefangene berichtet wird. Ferner wird gemeldet, daß die Engländer Smithfield, Moxville, Wepener und Dewetsdorp wieder bezt haben. General Buller, von dem es hieß, daß er den Auftrag erhalten habe, die nach Norden von Transvaal gestülpten Reste des Boerenheers zu zerpöngten, hat nach einer Meldung des „Netherlands Bureau“ am 6. Oktober Lydenburg verlassen, um sich nach Süden zu wenden. Von sonstigen Nachrichten geben wir noch die folgenden wieder: London, 9. Oktober. Das Kriegskabinet hat einen Armeebefehl erlassen, durch welchen die Hauptmasse der beim Ausbruch des Kriegs einberufenen Miliztruppen entlassen wird.

Lourenço Marques, 9. Oktober. (Meldung des „Netherlands Bureau“.) Giff und Dr. Heymann werden den Präsidenten Krüger auf seiner Reise nach Europa begleiten.

## Die Berliner Parteiverfassungen.

Die Parteiverfassungen, in welchen im Anschluß an den Parteitag die Wahlen für die öffentlichen Partei-Komitee erfolgen, sowie die Berichte über die Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahr erfolgen, fanden am Dienstagabend statt.

### Der erste Wahlkreis

tagte in den Arminkallen. Nach dem Bericht des Vertrauensmanns Ehr. Bohm haben im verflochtenen Jahr sechs öffentliche Versammlungen und eine Flugblattverbreitung stattgefunden. Die Einnahmen betragen inklusive des alten Bestands von 211,41 M. insgesamt 239,21 M., die Ausgaben 184,60 M., so daß ein Bestand von 753,61 M. verbleibt. Da Wahlen im größeren Umfang im Berichtsjahr nicht stattfanden und der Kreis bei den Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung nur in einem Bezirk, und zwar mit Erfolg sich beteiligen konnte, so bot sich zu einer größeren Aktion keine Gelegenheit. Der Redner dankte den Parteigenossen, die seine Tätigkeit durch rege Mitarbeit unterstützt haben. Raliski bedauerte, daß die Vertrauensmänner unterlassen haben, Versammlungen zu veranstalten, um gegen die Chinapolitik Stellung zu nehmen und daß die schon längere Zeit andauernde Kohnlemt, ferner die Wohnungsfrage, wobei die Bevölkerung außerordentlich stark interessiert ist, noch nicht dazu benützt worden ist, eine umfangreiche, der Bedeutung dieser Zustände entsprechende Bewegung zu inszenieren. Nachdem der Vertrauensmann auf die Ursachen hingewiesen, warum bisher noch nicht wie gewünscht vorgegangen werden konnte, wurde ihm auf Antrag der Revisoren einstimmig die Entlastung von der Versammlung erteilt.

Den Bericht über die Tätigkeit der Prekmission erstatteten Woldt und Käterow. Sie wiesen darauf hin, daß der „Vorwärts“ auch im verflochtenen Jahre wieder eine erhebliche Erweiterung und Verbesserung des Inhalts erfahren hat. Die Beschwerden über die Berichterstattung resultieren zum Teil aus den Differenzen zwischen der lokalen und zentralen Redaktion in der Gewerkschaftsbewegung und hat sich die Prekmission immer auf den Standpunkt gestellt, daß der „Vorwärts“ hierbei völlige Neutralität wahren muß. Die Redner motivierten eingehend die vorgenommene Änderung in Bezug auf das Inseratenwesen, die sich in Rücksicht auf die Entwicklung der Presse und auch aus finanziellen Gründen notwendig machte. Dem Wunsch einzelner Gewerkschaften, keine Inserate aufzunehmen, in denen Arbeitskräfte verlangt werden, um die Unternehmer zur Vermeidung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu veranlassen, konnte die Prekmission nicht zustimmen, u. a. auch deshalb, weil die bürgerliche Presse die Aufnahme derartiger Inserate nicht verweigern würde, andererseits aber auch sind vielfach die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften noch nicht stark genug, um die Arbeitsvermittlung allein zu betreiben. Bei Streiks jedoch sollen derartige Inserate für die in Betracht kommende Branche nicht aufgenommen werden. Im übrigen war die Tätigkeit der Prekmission, insbesondere infolge der erweiterten Rechte, die ihr vom vorjährigen Parteitag zugestanden wurden, im verflochtenen Jahre eine sehr rege. — Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht beliebt.

Ueber die Tätigkeit der Lokalkommission berichtete Lucht. Danach hat die Kommission im Berichtsjahre 7 allgemeine Sitzungen abgehalten und 8 Lokallisten herausgegeben. Die Korrespondenz war

eine ziemlich umfangreiche, da allein über 200 Aufträgen, Lokale betreffend, beantwortet werden mußten. Daneben hatte die Kommission zahlreiche Differenzen mit einzelnen Gastwirten zu erledigen. Durch verschiedene Vorkommnisse veranlaßt, empfiehlt die Kommission allen Genossen, bei Abmachungen von Festlichkeiten mit den Wirten in den Vertrag eine Klausel einzufügen, daß die abgeschlossene Festlichkeit nicht abgehalten wird, wenn das Lokal zur Zeit den Parteigenossen zu Veranlassungen nicht mehr zur Verfügung steht. — In der Diskussion wurde gerügt, daß ein Teil der Arbeiterchaft die Lokalliste nicht genügend beachtet und Lokale frequentiert, die zu meiden wären. Die Lokalkommission müsse noch weitere Mittel und Wege suchen, um allen Arbeitern die Bedeutung der Lokalfrage vor Augen zu führen.

Hierauf wurden die Wahlen vorgenommen, deren Resultat wir gestern bereits mitgeteilt haben.

Den Bericht von der Brandenburger Parteikonferenz gab Opyel, der in eingehender Weise die Arbeiten der Konferenz schilderte und insbesondere auf die Bedeutung der Verhandlungen über die Organisierung der Landarbeiter, der Agitation und der Provinzpresse hinwies. Eine Diskussion über diesen Bericht fand nicht statt.

Ueber den Parteitag in Mainz berichtete Ranaise. In großen Zügen schilderte der Redner den ganzen Verlauf der Verhandlungen und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Trotz der Meinungsverschiedenheiten in einzelnen tatsächlichen Fragen zeigte der Parteitag ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit und demzufolge ist auch das Resultat ein recht befriedigendes.

In der hierauf folgenden Diskussion giebt Bohm seine Verwunderung darüber Ausdruck, daß mehrere Vertreter aus andern Berliner Wahlkreisen auf dem Parteitag plötzlich nur gegen die Form der hohen Gehaltszulage für den Leiter der Buchhandlung Vorwärts Einwendungen zu machen hatten und nicht gegen die Gehaltshöhe überhaupt eingetreten sind, trotzdem sie vorher mit dem Protokoll einverstanden waren. Mit Freude zu begrüßen sei es, daß der Parteitag in Bezug auf die Landtagswahlen endlich eine bestimmte Maxiaroute gegeben hat. Die übergroße Mehrheit der Genossen des 1. Kreises ist von jeher für die Beteiligung an den Landtagswahlen eingetreten, da sie eingesehen haben, daß es zwecklos ist auf das elende Wahlsystem zu schimpfen und die Faust in der Tasche zu machen. Käterow spricht sich bezüglich der Landtagswahlen in ganz ähnlicher Weise aus und kritisiert gleichfalls, daß die Berliner Delegation vorher dem Protokoll die Gehaltsfrage fischer betreffend, zugestimmt und auf dem Parteitag einen andern Standpunkt eingenommen haben. Guttman als bisheriger Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen, teilt mit, daß er, nachdem der Parteitag entschieden hat, für die Beteiligung eintreten werde und erwarde, daß der Beisatz von allen Parteigenossen, wie es immer üblich ist, zur Durchführung gebracht wird.

Kadom beschloßen worden war, das Thema Verkehrs- und Handelspolitik in einer besonderen Versammlung recht eingehend zu erörtern und Genosse Seiler zur regen Tätigkeit im Interesse der Partei aufgefordert und um die Unterstützung der Vertrauensleute ersucht hatte, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

### Die Versammlung der Genossen im zweiten Wahlkreis

fand unter dem Vorsitz von Wolderky in der Bodrauerlei statt. Den Bericht der Vertrauensleute gab Rautmann. Da das politische Leben im abgelaufenen Jahre ziemlich ruhig gewesen sei, so lämen als wesentlicher Berichtspunkt nur die Stadtverordneten-Wahlen in Betracht. Bei diesen Wahlen seien bedeutend bessere Resultate erzielt worden, als in früheren Jahren. Um aber gemachte unliebsame Erfahrungen in Zukunft zu vermeiden, müßten die Kandidaten verpflichtet werden, Kandidaturen nur in einem Bezirk anzunehmen. Das Geld und die Zeit, die auf Agitation für den „Vorwärts“ verwendet worden sind, hätten bessere Resultate haben können, wenn man die Agitation zu einer geeigneteren Zeit unternommen hätte. Die beste Zeit für diese Agitation sei der Herbst und nicht das Frühjahr. Versammlungen haben im Berichtsjahre 22 stattgefunden. Der Kassenericht stellt sich folgendermaßen: In Einnahmen wurden erzielt insgesamt 8506 M., die sich zusammensetzten aus einem abgenommenen Bestand von 317 M., einer Zahlung des Parteivorstands von 600 M., Verkauf von Bons 1926 M., den Erträgen der Vistenversammlungen 868 M., Telleransammlungen 265 M., vom Wahlverein 1600 M., Profakurenverkauf 613 M., Diverses 156 M., Kommunalwahlen 422 M., Mafest 1271 M., Sommerfest 473 M. Von den vereinnahmten 8506 M. verbleibt nach Abzug aller Ausgaben am 1. Oktober d. J. ein Bestand von 44 M. Die Gesamt-Einnahme stellt sich etwas niedriger als im Vorjahre, jedoch etwas höher als in den Jahren zuvor. Die Sommerfeste haben keinen besonderen Ueberflus gegeben, trotzdem viel geboten wurde. Beim Mafest wurde ein Ueberflus von 783 M. erzielt.

Dem Vertrauensmann wird auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Den Bericht der Prekmission giebt Ewald. Redner erörtert einige Beschwerden, die der Prekmission vorliegen. Der Verein „Arbeiterpresse“ habe die Prekmission ersucht, an einer Zusammenkunft in Berlin teilzunehmen, was jedoch abgelehnt worden sei. Es könne nicht gebilligt werden, wenn sich innerhalb der Partei sozusagen noch eine Partei bilde, welche gegen die erstere operiere. Die Mitglieder des Vereins seien die Redacteure der Parteiblätter. Wenn diese aber Beschwerden haben, so ist es ihr Recht, sich an die Prekmission zu wenden, um dori Abhilfe zu verlangen. Man habe deswegen den Verein nicht anerkennen können. Ferner hat sich die Prekmission mit dem Plane beschäftigt, die Buchhandlung Vorwärts unter ihre Aufsicht zu bekommen. Grund zu dem Verlangen habe hauptsächlich die ohne Einverständnis der Prekmission vorgenommene Gehaltsaufbesserung des Leiters der Buchhandlung gegeben. Ferner habe sich die Prekmission mit einer Gehaltsregulierung der Expeditionsbeamten beschäftigt, um diese mit den Buchhandlungs-Angestellten gleichzustellen. Zur Ueberführung der Druckerei des „Vorwärts“ in eigene Regale sei eine Kommission gewählt worden, die noch mit der Regelung der Angelegenheit beschäftigt sei.

In einer kurzen Diskussion zum Bericht der Prekmission macht Müller darauf aufmerksam, daß die Buchhandlung Vorwärts für die Genossen ganz Deutschlands geschaffen worden. Was das Gehalt fischer betrifft, so habe der Parteivorstand unter dem Druck eines anderweitigen höheren Angebots an fischer gehandelt.

Wurm wendet sich gegen die den Verein „Arbeiterpresse“ betreffenden Ausführungen. Es sei ein großer Irrtum, zu glauben, daß der Verein gegen die Partei operieren wolle. Zwischen Angehörigen und Unternehmern kommen überall gelegentlich Mißverständnisse und Differenzen vor, auch in den Partei-Unternehmungen, und diese hinsichtlich der Redacteure zu schlichten, sei der Verein die geeignete Instanz. Und wenn die Schriftgeber an sozialdemokratischen Zeitungen das Recht haben, ihrem Verband anzugehören und nach ihrem Tarif bezahlt zu werden, so haben die Schriftsteller daselbe Recht. Mit solcher Organisierung befinden sich die Mitglieder des Vereins durchaus auf dem Boden sozialdemokratischer Tätigkeit. Man müsse sogar der Partei, wenn man dafür Sorge, daß die Angestellten der Blätter so bezahlt werden, daß sie ihre Arbeit mit Lust und Befriedigung thun. Die Organisation werde auch in Zukunft an die Prekmissionen herantreten; denn ebenso wie die gewerblichen Arbeiter zogen es auch die Schriftsteller unter Umständen vor, durch ihre Organisation zu verhandeln.

Den Bericht der Lokalkommission gab Faller, dem sich der Bericht der Agitationskommission der Provinz Brandenburg anschloß.

Man kommt nunmehr zu den Wahlen. Wolderky teilt mit, daß die Bezirksführer, um der Versammlung die Wahlen zu erleichtern, Vorschläge für die Belegung der einzelnen Posten machen.

Das Resultat der Wahlen ist in der gestrigen Nummer schon mitgeteilt. Bei der Wahl der Prekmission müssen Stimmenzähler ernannt werden, weil über sechs Kandidaten abzustimmen ist. Zuletzt ist noch eine engere Wahl zwischen Ewald und Käterow erforderlich, aus der Käterow als gewählt hervorgeht.

Es folgt nun noch die Berichterstattung von den Verhandlungen der Brandenburger Provinzialkonferenz und dem Mainzer Parteitag. Den ersten Bericht giebt W. Fränkl, der sich auf die Herbeibringung weniger Gesichtspunkte aus den Verhandlungen beschränkt.

Scholz, der den Bericht vom Parteitag giebt, geht in längeren Ausführungen näher auf die einzelnen Verhandlungspunkte ein. Unter anderem bemerkt Redner, daß auf dem nächsten Parteitag vermuthlich der Antrag von Berlin gestellt werde, den „Vorwärts“ zum Lokalblatt der Berliner Genossen zu machen, welcher Antrag auch Aussicht auf Annahme habe. Damit werde dann die Klage wegfallen, daß die Berliner einen unerschöpflichen Einfluß auf das Centralorgan der Partei ausüben wollen. Der Beschluß auf Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wurde von vielen Genossen bedauert, aber selbstverständlich werden nun auch die Berliner bei der Landtagswahl-Agitation ihre Schuldigkeit thun müssen.

Der zweite Delegierte Brunzel geht noch kurz auf die Kolonial- und Eroberungspolitik der Regierung ein, die vom Parteitag verworfen worden.

Da sich der Saal mittlerweile stark geleert hat, so wird auf eine weitere Diskussion verzichtet. Der Beschluß, betreffend die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wird noch im Wahlverein weiter behandelt werden.

### Die Parteigenossen des dritten Wahlkreises

hielten ihre Versammlung bei Möhring in der Admiralstraße ab. Nach dem Bericht des Vertrauensmanns Frey wurden im Geschäftsjahr 6006,80 M. eingenommen. Nach Abzug der Ausgaben, worunter sich 4750 M. für die allgemeine Parteiliste befinden, verbleibt ein Bestand von 119,70 M. Die Versammlung entlastete einstimmig den Vertrauensmann.

Ueber die Tätigkeit der Prekmission berichtete Hünze: Durch den Tod des verehrten Liebknecht habe die Redaktion des „Vorwärts“ einen herben Verlust erlitten. An der redaktionellen Leitung des Blatts werde indessen keine Wenderung eintreten. Die neue Prekmission werde damit zu rechnen haben, daß in baldige für den lokalen Teil wegen der inzwischen eingetretenen Ausdehnung größere Ausgaben zu machen seien. — Die Agitation für den „Vorwärts“ durch Verbreitung von Flugblättern habe nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Die beste Agitation bleibe die von Mund zu Mund. — Genosse Vogt jun. beschwerte sich darüber, daß der „Vorwärts“ auch Lotterien-Anzeigen, speziell solche von der Köhler Dombar-Lotterie, aufnehme.

Wartenberg als zweites Prekmissions-Mitglied teilte mit, daß die Prekmission die Aufnahme solcher Anzeigen, sowie der von Abzahlungsgeschäften durch Werbebeiträge für statthaft erklärt habe. Er sehe auch nicht ein, weshalb man nicht das Geld der Leute nehmen solle, wenn der prinzipiellen Haltung des Blatts dadurch kein Abbruch getan werde. Vogt senior erklärt sich für einen entschiedenen Gegner der Lotterien-Anzeigen und verlangt deren Zurückweisung. Tichernig trat ihm entgegen. Wichmann wünscht alle Annoncen in Beilagen gebracht, die sonstigen Text nicht enthalten.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Hünze. Dimmid referierte über die Wirksamkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Im Anschluß an seinen Bericht ersucht er um Meldungen zur Teilnahme an der Wahlarbeit im Kreise Brandenburg-Besthaveland. Die Wahl findet am 18. Oktober, einem Donnerstag, statt. Die Genossen des Kreises verlangen von Berlin für den Wahltag 72 Hilfskräfte. Davon hätte der 3. Wahlkreis 8 oder 9 zu stellen.

Ueber die Neubesezung der Vertrauensämter haben wir bereits gestern berichtet. Es sei dazu nur noch nachgetragen, daß Genosse Frey, der zehn Jahre hintereinander Vertrauensmann war, eine Wiederwahl ablehnte. Hoch dankte ihm namens der Versammlung für seine langjährige Tätigkeit.

Den Bericht über die Verhandlungen der Provinzialkonferenz gab Cohen. Redner bezweifelte, daß der Beisatz über die Organisierung der Landarbeiter (Resolution-Stadthagen) praktisch durchführbar und erfolgversprechend sei, meinte aber, es müsse nunmehr danach gehandelt werden. — In der folgenden Debatte stimmte ihm Solisch zu, der es lieber gesehen hätte, wenn der Anschluß der Landarbeiter an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter ermöglicht worden wäre. Gottfried Schulz, Kahlen, Dimmid und Busch erklärten dagegen den Beschluß der Konferenz für zweckmäßig.

Die Berichterstattung über die Verhandlungen des Mainzer Parteitags, in die sich die drei Delegierten Hoch, Wichmann und Wartenberg teilten, gestaltete sich im wesentlichen zu einer referierenden Wiedergabe der Verhandlungen. Nur die Ausführungen Wartenbergs bezüglich der Landtagswahlen hatten einen leicht kritischen Anflug. Er führte aus: Wer die letzten vier Jahre durch das Agitationspiel beobachtet habe, hätte sich schon vor dem diesjährigen Parteitag sagen müssen, welcher Beschluß diesmal herauskommen würde. Wichmann und er hätten gegen die Resolution Bebel gestimmt. Nachdem nun aber die Entscheidung getroffen sei, möchte er doch die Parteigenossen bitten, im Sinne der Parteitag-Beschlüsse zu handeln, ganz gleich, ob sie zu den striktesten Gegnern der Landtagswahlbeteiligung gehörten oder nicht. Der Versuch müsse bei den nächsten Landtagswahlen gerade recht kräftig gemacht werden, damit der von Redner befürchtete Mißerfolg um so schlagender darthue, wie falsch der Beschluß des Parteitags sei.

Es entspann sich eine äußerst lebhaft Debatt.

Kräder sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Hoch im Gegenzug zu den beiden Delegierten des Kreises für die Wahlbeteiligung gestimmt habe. Die Majorität des Kreises sei gegen diese, und Hoch wisse das; als Delegierter des Kreises hätte er dessen Meinung zum Ausdruck bringen müssen, obwohl er kein gebundenes Mandat gehabt habe. Auf jeden Fall wäre es aber taktvoller von ihm gewesen, wenn er sich der Stimme enthalten hätte. Nach den Beschlüssen des Parteitags werde man jetzt allerdings notgedrungen wählen müssen.

Hoch: Er sei der selten Ueberzeugung, daß er sich nicht habe zu Schulden kommen lassen. Hätte man ihn binden wollen, dann hätte man vorher fragen müssen, wie er sich zur Landtagswahl stelle. Seine Antwort hätte dann gelautet: Ich bin für eine ehrliche Probe. An ihm seien die 4 Jahre der Diskussion über die Landtagswahl nicht spurlos vorüber gegangen. Ohne eine Probe gebe eben die Sache nicht weiter; die Diskussion der 4 Jahre habe ergeben, daß alle tatsächlichen Grundfragen für eine Entscheidung der Streitfrage fehlten. Ein wistender Anhänger der Beteiligung sei er auch nicht. Was nun die Meinung der Majorität des Kreises angehe, so sei dem doch die Stimmung jetzt eine ganz andre als im Jahre 1897. (Mehrere Zwischenrufe: Genosse Heine!) Redner sei nicht durch W. Heine zu seiner Auffassung gekommen. Wäre Heine in der Versammlung, dann könnte er sich nur freuen über die Jurufe, denn durch sie werde der Ueberzeugungskraft seiner Gründe ein recht gutes Zeugnis ausgestellt.

Lohse wendet sich gegen das Urteil Kräders über Hochs Verhalten, indem er besonders das Fehlen eines gebundenen Mandats hervorhebt und bemerkt, die Minorität, zu der er nicht zähle, habe auch das Recht auf Meinungsäußerung. — Albold ist ebenfalls mit Kräders Urteil, Hoch betreffend, nicht einverstanden. Es wäre ganz recht, einen Versuch zu machen. — König: Hoch konnte nicht anders handeln. Wir werden jetzt einen Versuch machen und uns blamieren. — Busch freut sich über die Abstimmung Hochs. Er sei für die Beteiligung und sei darin noch bestärkt worden durch das Verhalten der Delegierten, die aus Städten kamen, wo man sich bereits an den Landtagswahlen beteiligt hat. Uebrigens wäre jetzt zum mindesten eine starke Minorität im dritten Kreis für die Beteiligung. — Als Gegner der Landtagswahl-Beteiligung sprachen dann noch die Genossen Gottfried Schulz, Käder, Paul Zahn und Schweizer, während Kahlen und Robert Ahrens als Freunde der Beteiligung den vorgenannten Rednern entgegentraten und außerdem die Art,

wie Ulrich gegen die Berliner auf dem Parteitag polemisierte, scharf rügten. Alle Gegner der Wahlbeteiligung waren für die Befolgung des Parteitags-Beschlusses. Die Debatte zog sich bis nach 1/2 Uhr hin. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

### Die Versammlung des vierten Wahlkreises

tagte im Lokal „Arctia“ in der Brangelstraße. Zuerst erstattete der Vertrauensmann des Ostens, Otto Franke, einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit. In der Zeit vom 16. November 1899 bis 5. Oktober 1900 betragen die Einnahmen 16 339,02 M., die Ausgaben 18 142,68 M., darunter 9600 M. an den Parteivorstand, 750 M. an die Agitationskommission und 442 M. für sonstige Agitationskosten. Der Bestand beim Kassenabschluss betrug 190,36 M. Der Kassenbericht des Vertrauensmanns für den Südosten, Paul Böhm, weist folgende Zahlen auf: Bestand vom Vorjahre 1749,73 M., Einnahmen im abgelaufenen Jahre (1. Oktober 1899 bis 1. Oktober 1900) 17 028,47 M., Ausgaben 17 968,86 M., darunter 14 024 M. an den Parteivorstand, 961 M. an die Agitationskommission. Der Bestand beim Kassenabschluss betrug 811,31 M. Nachdem Böhm eine Uebersicht über die Arbeiten der Vertrauensleute gegeben hatte, ersuchte er die Versammlung, einem von den Vertrauensleuten beratenen und befürworteten Antrag der Frau Gubela stattzugeben. Der Antrag geht dahin, daß Frau Gubela, welcher vor 10 Jahren das Recht, Parteiamter zu bekleiden, abgesprochen worden ist, wieder in ihre vollen Rechte als Parteigenossin eingestuft werde. Ferner beantragten die Vertrauensleute, den Ausschluß des Gastwirtes Voigt, Dramenstr. 184, aus der Partei beim Parteivorstande zu beantragen, weil Voigt unbegründete Verdächtigungen gegen alte, ehrenhafte Parteigenossen verbreitet hat, weshalb er bereits aus dem Wahlverein des dritten Kreises ausgeschlossen ist.

Beide Anträge wurden nach kurzer Besprechung gegen eine Stimme angenommen. Den Vertrauensleuten wurde Decharge erteilt.

Den Bericht der Prekominmission erstattete Adolph Hoffmann: Während sonst in jedem Sommer die Abminderungs- zahl des „Vorwärts“ zurückgegangen sei, könne für diesen Sommer konstatiert werden, daß kein Rückgang stattgefunden habe. Seit der Festlegung der Rechte der Prekominmission durch den Parteitag zu Hannover habe sich das Zusammenarbeiten der Kommission mit dem Parteivorstand und der Redaktion in weit ruhigerer Weise vollzogen wie vordem, weil es keinen Streit mehr gebe über die der Kommission zustehenden Rechte. Die der Kommission zugegangenen Beschwerden seien zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt worden, mit Ausnahme derjenigen Beschwerdeführer, die überhaupt nicht zu befriedigen sind. Mit der Entwicklung unseres Prekorganismus können wir zufrieden sein. Dem Wunsch der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ in eigener Regie herzustellen, werde hoffentlich in aller nächster Zeit Rechnung getragen werden können. Mit den neu eingefügten Redakteuren habe man, wie der Inhalt des Blattes beweise, keinen schlechten Griff getan.

Nach einer kurzen Ergänzung des Berichtes durch das Prekominmissions-Mitglied Paul Hoffmann war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Den Bericht der Lokalkommission gab Karl Scholz.

Der Bericht der Agitationskommission wird von der Tagesordnung abgesetzt und nimmere zur Vornahme der Wahlen geschritten. Für den Osten werden die bisherigen Vertrauensleute Bengels und Franke vorgeschlagen.

Ein Redner verlangt, daß nur solche Genossen zu Vertrauensleuten gewählt werden, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Dazu bemerkt Ad. Hoffmann, er habe nichts gegen solches Verlangen, aber man solle auch darauf halten, daß die gewerkschaftlich organisierten sich an der politischen Organisation beteiligen, was bei vielen nicht der Fall sei. Redner meint, man könne wohl wünschen, daß Genossen, die ein politisches Amt bekleiden, gewerkschaftlich organisiert seien, aber es verlange und zur Bedingung der Wahl machen, das gehe zu weit. Die Konsequenz eines solchen Verlangens wäre die, daß man auch bei der Befolgung gewerkschaftlicher Posten fordern müsse, daß die Betreffenden politisch organisiert sind. Ueber diese Angelegenheit entspinnt sich noch eine weitere Debatte, in der Weinschild mit besonderem Nachdruck betont, daß man von jedem, der ein Amt in der Partei annehme, als selbstverständlich verlangen müsse, daß er schon lange vorher gewerkschaftlich organisiert sei, denn die gewerkschaftliche Bewegung sei die Grundlage der Arbeiterbewegung. Andrejeffs werde auch eine moderne Gewerkschaft ihre Posten nur mit politisch organisierten Genossen besetzen.

Als Vertrauensleute für den Osten werden Robert Bengels mit 214 und Otto Franke mit 210 Stimmen gewählt. Vogel erhielt 171 Stimmen. Die übrigen gestern schon mitgeteilten Wahlen wurden einstimmig und ohne Debatte vollzogen.

An den Bericht von der Provinzialkonferenz, den Waberske erstattete, knüpfte sich keine Debatte.

Darauf gaben die Delegierten den Bericht vom Parteitag in Mainz.

Ad. Hoffmann legt die Motive dar, welche die Berliner Delegierten veranlaßten, den Antrag, betreffend die Erhöhung des Gehalts Fischers zurückzuziehen, nachdem die Debatte über denselben das gewünschte Resultat gehabt habe. Nicht die Gehaltserhöhung an sich, sondern die Art, wie sie erfolgte, habe den Antrag hervorgemittelt. Die ruhige Begründung desselben durch Manasse sei kein Anlaß gewesen, der dem Genossen Ulrich Grund zu seinen heftigen Angriffen auf die Berliner geben konnte. Auf die Beratung des Organisationsstatuts eingehend, meint Redner, wir könnten mit der neuen Fassung desselben zufrieden sein. — Zur Debatte über die Welpolitik meint Redner, ohne den Wert des Referats Singers verkleinern zu wollen, müsse er doch sagen, bei diesem Punkte habe uns wie bei keinem andern Liebnecht gefehlt. — Ein Beschluss, der nicht nach unserem Wunsch ausgefallen, sei der bezüglich der Landtagswahl. Es sei aber selbstverständlich, daß wir, obgleich Gegner der Wahlbeteiligung, uns dem Beschluss fügen. Gemeinsam arbeiten und gemeinsam schlagen müsse unsere Lösung sein. Wir werden unsern Gegnern nicht ein Bild der Entzweiung bieten, sondern weiter arbeiten, um unsere Idee zum Siege zu bringen. (Bravo.)

Wie geht auf die Debatte über Verkehrs- und Handelspolitik sowie über die Haltung der Delegierten zu einzelnen Anträgen ein. Redner bedauert, daß Singer zu dem Berliner Antrage betreffend Fischer gesagt habe, er begreife nicht, daß sich die Berliner über eine Kleinigkeit so aufregen. Redner meint, 1000 M. sei keine Kleinigkeit, denn es sei nicht leicht, eine solche Summe aufzubringen.

Paul Hoffmann referiert über die Landtagswahl-Debatte und schließt sich in diesem Punkte den Ausführungen Adolph Hoffmanns an. Er betont, daß jetzt auch die Wahlgegner die Pflicht haben, unterzogen an die Arbeit zu gehen und ihre Schuldigkeit zu thun. Die Zukunft werde lehren, daß die Wahlgegner recht behalten.

In der Debatte spricht zuerst Singer. Er bemerkt, er hätte das Wort nicht genommen, wenn nicht sein Name genannt worden wäre. Er halte es für ein Zeichen des vollen Einverständnisses innerhalb unserer Partei, daß gegen den Vorstand keine andern Einwendungen als die über den Fall Fischer gemacht wurden. Das seien gegenüber den großen Aufgaben unserer Partei allerdings Kleinigkeiten. Es müsse doch festgestellt werden, daß sämtliche Redner, die auf dem Parteitag in dieser Sache gegen den Berliner Antrag gesprochen haben, es nur deshalb thäten, weil sie den Berlinern ein Recht, in Angelegenheiten der Buchhandlung, die eine Einrichtung der Gesamtpartei sei, mitzusprechen, nicht zuerkennen konnten. Daß die Berliner Einspruch gegen die Gehaltserhöhung erhoben haben, sei ihr gutes Recht, und das habe er (Redner) auch scharf betont. Ein Recht, vorher wegen der Gehaltserhöhung befragt zu werden, hatten die Berliner aber nach dem Organisationsstatut nicht. Die Angelegenheit sei ja nun auch zur Zufriedenheit der Berliner erledigt. Man möge es nun

genug sein lassen des grausamen Spiels. Wenn die Berliner Genossen durch ihre Thätigkeit dazu beitragen, daß Fischer durch vermehrten Umsatz der Buchhandlung recht viel zu thun bekommt, dann werde die Gehaltserhöhung reichlich wieder eingebracht werden.

Zubell fährt aus: So leid es ihm thue, könne er sich in diesem Punkte nicht mit Singer einverstanden erklären. An der Sache selbst sei ja nichts zu ändern, es kam auch nur darauf an, gegen die Art, wie die Gehaltserhöhung erfolgt sei, Einspruch zu erheben. Die Berliner hätten sich ein Verdienst erworben, indem sie veranlaßten, daß solche „Kleinigkeiten“ in Zukunft nicht mehr so ohne weiteres ausgegeben werden können. Die Thätigkeit Fischers sei mit 4000 M. genügend bezahlt. (Sehr richtig.) Berlin habe ein Recht, wenn auch kein verbrieftes, bei der Buchhandlung mitzureden, denn der Anteil der Berliner an dem Umsatz der Buchhandlung sei weit höher als 10 Proz., da Berlin, wie Fischer wisse, den gesamten Bedarf für die Provinz Brandenburg veranlaßt. Wenn Fischer gehen wollte, hätte man ihn ruhig gehen lassen sollen. Andre Genossen, z. B. die Parteisekretäre, haben viel mehr geleistet wie der Leiter der Buchhandlung. (Sehr richtig.) Zu den Landtagswahlen meint Redner, auch die Gegner derselben würden jetzt mit Lust und Liebe in die Wahlagitiation eintreten, wenn auch nur, um den Freunden der Wahlbeteiligung schließlich sagen zu können: Wir Gegner haben doch recht behalten, für die Socialdemokratie ist nichts bei den Wahlen herausgelommen.

Adolph Hoffmann betont, daß die Berliner nicht mehr Rechte beanspruchen, weil sie mehr gahen, sie wollen aber auch nicht weniger Rechte haben wie die Parteigenossen in andern Orten. Es kam ihnen darauf an, für die Angelegenheiten der Buchhandlung eine Instanz, wie die Prekominmission für den „Vorwärts“, zu schaffen. Was soll denn daraus werden, wenn im nächsten Jahre wieder eine Stadt kommt, die dem Leiter der Buchhandlung mehr bietet und wir dann wieder in der Lage sind, dem wertvollen Fischer 1000 M. zuzusetzen? Wenn Singer 1000 M. eine Kleinigkeit nennt, so sei er ja in der glücklichen Lage, anders rechnen zu können wie wir. Wir wissen, daß oft von einer weit geringeren Summe sehr viel abhängt.

Regge wendet sich mit scharfen Worten gegen die Erhöhung des Gehalts Fischers. Von unsren Führern müssen wir verlangen, daß sie weniger materielle, als vielmehr ideale Interessen verfolgen. Gröppler spricht ebenfalls gegen die Gehaltserhöhung. Während seiner Rede entfernt sich ein großer Teil der Anwesenden. Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Kaiser wendet sich gleichfalls gegen Fischers Gehaltserhöhung. Er bricht aber nach kurzer Zeit wegen der herrschenden Lärme und weil der Saal sich nach und nach leert, seine Rede ab. Darauf wird um 12 1/4 Uhr ein Schlussantrag angenommen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Delegierten auf dem Parteitag einverstanden.

Ein Antrag, die „Philharmonie“ freizugeben, wird der Lokalkommission überwiesen.

Der Vorsitzende Voigt ersucht die Genossen, welche sich am 18. d. M. an der Wahlagitiation im Kreise Brandenburg-Westhavelland beteiligen wollen, ihre Adressen in seiner Wohnung, Pflaferstr. 38 abzugeben. Darauf wird die Versammlung geschlossen.

### Im fünften Wahlkreise

fährte der Bericht des Vertrauensmanns, dem zu entnehmen ist, daß die Partei dort gute Fortschritte gemacht hat, zu keiner weiteren Diskussion. Die Einnahmen belaufen sich auf 4493 M., während die Ausgaben 3894,50 M. betragen, verbleibt somit ein Kassenbestand von 598,50 M. Friedländer, Mitglied der Prekominmission, berichtet, daß sich die Verhältnisse des „Vorwärts“ in recht günstiger Weise gestaltet hätten. Die Abminderungs- zahl sei gesunken, und wenn weniger Ueberschuß erzielt worden sei als im Vorjahre, so sei das auf die Steigerung der Papierpreise und andre Ursachen zurückzuführen. Der „Vorwärts“ sei zum besten Parteiorgan geworden und auch die beste politische Zeitung Berlins. Ein Fortschritt sei es, daß die Druckerei in den Besitz der Partei übergehe. Redner bezeichnet die Abminderungs- zahl von 55 000 als nicht ungünstig, wenn man bedenke, daß jedes Exemplar von etwa drei Personen gelesen werde, während aber, daß sich die Zahl auf 75 000 im nächsten Jahre vermehren möge.

Warschawski ist im allgemeinen mit dem „Vorwärts“ zufrieden, findet jedoch, daß die Abminderungs- zahl eine viel zu geringe sei im Gegensatz zu der Verbreitung sogenannter parteiloser Blätter, und glaubt, daß bei der gegenwärtigen Art des Vertriebs keine wesentlichen Fortschritte gemacht werden könnten. Man solle darauf achten, wie die „Morgenpost“ und der „Vokal-Anzeiger“ Reklame machen. Künstlich angeführte Plakate solle man anschlagen lassen und auch den „Vorwärts“ von Zeit zu Zeit gratis verbreiten. Auch wünscht Redner, daß Kunst und Wissenschaft, sowie Gesundheitspflege und Erziehungsweisen ausführlicher behandelt werden.

Roß erklärt, man hätte schon vieles in dieser Beziehung versucht, so auch längst wieder mit der Einführung der kleinen Anzeigen, es seien jedoch keine besonders großen Erfolge erzielt worden. Es sei für ein unpolitisches Blatt weit leichter, wirksam Reklame zu machen, als für eine Zeitung, die eine strenge politische Haltung einnehme. Dem Verlangen des Gen. W. nach Vergrößerung der Anstalt für Kunst, Wissenschaft etc. müsse er entgegenhalten, daß der „Vorwärts“ schon jetzt so umfangreich sei, daß kaum ein Arbeiter im Stande sei, ihn gründlich zu lesen. Den gleichen Standpunkt vertritt Friedländer.

Franke findet die Vorschläge Ws durchaus beachtenswert. Reformvorschläge würden immer auf Widerstand stoßen und erst nach und nach zur Anerkennung gelangen.

Von der Lokalkommission berichtet Späth. Peters verlangt Rechenschaft darüber, warum den Anarchisten der Saal des Gewerkschaftshauses verweigert sei. Darauf erklärt Sassenbach, er halte es nicht für angebracht, diese Sache öffentlich zu besprechen, wäre aber jederzeit bereit, vor der Lokalkommission Rechenschaft abzulegen. Den Bericht von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg giebt Kogke. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen beschränkt sich der Redner darauf, auf die Verhältnisse im Prenzlauer Wahlkreis einzugehen. Hier seien bedeutende Fortschritte gemacht; der Partei ständen 4 große Lokale zur Verfügung. In Strahburg, dessen Bürgermeister gesagt habe, so lange er am Amden sei, solle die Socialdemokratie dort keinen festen Fuß fassen, verfüge die Partei auch bereits über zwei Lokale. Der Kalender sei in diesem Jahre ohne die Hilfe der Zweier verbreitet, ebenso die „Fadel“. Es werde wirklich etwas geleistet von den Genossen dieses Wahlkreises.

Darauf erstattet Kogke den Bericht vom Parteitag. Fragen von großer Bedeutung, sagt der Redner, seien auf dem Parteitag behandelt worden, er denke dabei weniger an die Landtagswahl-Debatte, als vielmehr vor allem an die Reorganisation der Partei. Die Anträge der Genossen des fünften Wahlkreises hätten auf dem Parteitag keinen Erfolg gehabt. Bezüglich des Antrags, der sich mit der Stellung der Gewerkschaften befaßt, bedauert der Redner die Ablehnung. Danach geht der Redner zu den Verhandlungen des Parteitags über und kritisiert das laue Verhalten der Genossen in einigen Wahlkreisen dem Parteifonds gegenüber und beschränkt sich ferner über die brüske Behandlung, die den Berlinern von einigen sächsischen Genossen zu teil geworden sei. Das neue Organisationsstatut bringe keine durchgreifenden Reformen. Eine streng einheitliche Organisation der Partei sei nicht möglich, ohne daß den Frauen auch dort, wo sie jetzt zum Eintritt berechtigt seien, die Zugehörigkeit zur Partei-Organisation unmöglich gemacht werde. Darum hätte man es den Genossen in den einzelnen Wahlkreisen überlassen, ihre Organisation den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Zu dem Beschluss der Landtagswahl- Beteiligung äußert sich Redner folgendermaßen: Er sei kein Anhänger der Wahlbeteiligung, auch die Verhandlungen des Parteitags hätten ihn nicht dazu gemacht; er versprache sich nicht viel davon. Da nun aber die Beteiligung beschlossen sei, solle man auch so viel Disziplin zeigen und eifrig für die Wahlbewegung arbeiten.

Die Frage der Verkehrs- und Handelspolitik sei ein schwieriges Thema. Es wäre zu wünschen, wenn die Frage an anderer Stelle behandelt würde.

In der Diskussion spricht Dr. Beyl seine Mißbilligung darüber aus, daß die Tagesordnung der Versammlung mit so vielen Gegenständen bepackt sei. Es wäre gar nicht möglich, daß der eine oder andere sich gründlich über eine Frage aussprechen könnte. Die wichtigsten Fragen des Parteitags sollten auch nicht mit solcher Gemüthlichkeit behandelt werden, wie das hier geschehen sei, so z. B. die Alkoholfrage. Der Alkoholismus sei ohne Zweifel von ganz hervorragender Schädlichkeit. So gut wie die Wohnungsfrage ein Stück der socialen Frage sei, ebenso auch die Alkoholfrage. Er wolle die Genossen nicht zu vollkommenen Abstinenzern machen. Wenn aber einmal ein Parteitag sich in einer Resolution gegen den Alkoholismus wenden würde, so würde das von großer Wirkung sein. Es wäre bereits vorgebehalten worden, um auf einem der nächsten Parteitage darüber zu verhandeln. Der Redner ist für die Beteiligung an den Landtagswahlen. Man solle, sagt er, jetzt nicht mehr von Freunden und Gegnern der Beteiligung reden, sondern müsse nun mit den Thatsachen rechnen und an die praktische Lösung der Frage gehen.

Wels erklärt sich als strikter Gegner der Wahlbeteiligung und meint, der Klassenkampfcharakter der Partei gehe nach und nach verloren, wenn die Genossen auf diesem Wege weitergehen.

Klypmann tritt dafür ein, daß eine eifrige Probe mit der Landtagswahl gemacht werde. Wir wollen uns dem Beschluss des Parteitags fügen und wollen uns bemühen, unser Bestes zu thun.

Da die Zeit sehr vorgeschritten ist, wird der Bericht der Parteikonferenz von der Tagesordnung abgesetzt und die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Im sechsten Wahlkreise waren die Parteigenossen mit einer Anzahl Frauen im Kösliner Hof versammelt. Wie schon im gestrigen Vorbericht erwähnt, wurden die ersten Punkte: Bericht der Vertrauensleute, der Prekominmission, Lokalkommission und Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und Neuwahl derselben von der Tagesordnung abgesetzt. Diese Punkte sollen erst nach der Reichstagswahl erledigt werden. Als Delegierter zur Parteikonferenz der Provinz Brandenburg referierte Genosse Werth Redner schilderte die Thätigkeit der Agitationskommission und gab der Meinung Ausdruck, daß der Agitationskalender und die „Fadel“ treffliche Dienste für die Agitation geleistet haben. Die Erörterung der Landarbeiter-Organisation auf der Konferenz habe wenig Positives geschaffen.

Ueber den Verlauf des Mainzer Parteitags und über die gefassten Beschlüsse und Abänderungen sprachen die Delegierten Kiesel und Eugen Ernst. Kiesel erinnerte, daß dieser Parteitag der fünfundsingzigste nach der Vereinigung der Lassalleaner mit den Eisenachern gewesen sei, und wies auf die Lücke hin, die durch den Tod Liebnechts, der auf allen Parteitagen anwesend war, entstanden sei. Ueber die Art und Weise, wie dem Genossen Fischer eine Gehaltserhöhung zugestimmt worden ist, hätten die Berliner Delegierten energisch Verwahrung eingelegt; ihren diebezüglichen Antrag hätten sie zurückgezogen, weil der eigentliche Zweck, daß der Parteivorstand in einem ähnlichen Fall nicht mehr ohne Rücksprache mit den Parteigenossen handeln möge, erreicht sei.

Beitritt der Handels- und Verkehrs- politik konnten die Delegierten der Calwerischen Resolution zustimmen, weil diese Resolution an den bisherigen Anschauungen über die Verkehrsfreiheit und über die Wertverhältnisse der Hölle auf Lebensmittel festhält.

In der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen hätten die Berliner Delegierten ihren ablehnenden Standpunkt genügend zum Ausdruck gebracht, jetzt gelte es nur noch, der festgesetzten Directiv nachzukommen.

Eugen Ernst referierte speziell über die Organisationsfragen: Es seien Vorschläge gemacht worden, die ganze Partei in einem einzigen Verein zusammenzufassen. Auf dem Parteitag habe man aber allgemein das Unzweckmäßige und Unbrauchbare dieses Vorschlags, welcher die Vielgestaltigkeit der bestehenden Organisationen und der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern, Provinzen und Distrikten nicht berücksichtigt, eingesehen. Ueberhaupt komme es ja gar nicht so sehr auf die Art der Organisation an, wenn nur der Geist in diesen Organisationen ein guter ist und das Gefühl des gemeinsamen Zusammenhaltens zum Wohle der Partei vorhanden ist.

In der Diskussion erklärte man sich mit der Haltung der Delegierten des sechsten Kreises einverstanden, eine längere Debatte entspann sich nur über die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen; allgemein wurde eine Herabminderung des Ansehens der Partei vorausgesetzt, nichts desto weniger müsse natürlich dem Parteitagbeschluss nachgegeben werden. Joh n insbesondere zeigte, auf welche schiefen Ebene die Partei kommen müsse, wenn schon jetzt, wie aus einem Flugblatt des socialdemokratischen Landtagswahl-Komitees in Weeslau hervorgeht, die socialdemokratischen Wähler aufgefordert werden, in solchen Bezirken, in denen keine socialdemokratischen Wahlmänner aufgestellt sind, für den freisinnigen energisch einzutreten. Es wurde noch weiter darauf verwiesen, welche enormen Kosten eine allgemeine Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen verursachen würde. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die heutige Parteiverammlung des 6. Kreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden, wünscht allerdings eine andre Lösung der Landtagswahlfrage, fügt sich aber selbstverständlich den Beschlüssen des Parteitags — als der höchsten Instanz der Partei.

Der zweite Teil der Resolution, welcher ausspricht, daß die Befürworter der Beteiligung eine Aenderung des Beschlusses herbeiführen helfen, wenn bei der nächsten Wahl keine Erfolge erzielt werden, wurde abgelehnt.

### Sociale Rechtspflege.

Umgang und Arbeitsverweigerung. Gegen eine Entschädigungsklage des Leistenhändlers A. wandte der Fabrikant Wienslowky ein, der Kläger sei mit Recht plötzlich entlassen worden, weil er die Arbeit beharrlich verweigert habe. Im Laufe der Verhandlung vor dem Gewerbegericht stellte sich heraus, daß es sich um das Tragen von Leisten beim Umgang handelte. A hatte nach seinen Behauptungen 40 Stunden Leisten geschleppt und sich dann geweigert, diese Thätigkeit fortzusetzen. Als Schniger hielt er sich dazu nicht verpflichtet. Die Kammer IV verurteilte den Beklagten, an A. 48 M. wegen unberechtigter Entlassung zu zahlen. Der Vorsitzende, Dr. Reier, führte aus, daß man hier eine beharrliche Arbeitsverweigerung nicht annehmen könne. Es wäre ja schon, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber gelegentlich über ihre Verpflichtungen hinaus einen Gefallen thaten; eine Rechtsverpflichtung zum Leisten haben aber im vorliegenden Fall für den Kläger nicht bestanden. Klägers Arbeit sei das Schlimme gewesen. Es möge auch öfter vorgekommen sein, daß er Leisten die Treppen hinauf getragen habe. Das verpflichtete ihn jedoch noch nicht, sich bei einem Umzuge als Träger benutzen zu lassen.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

Bei den gestrigen Ortskrankenkassen-Wahlen in Schöneberg siegte die Liste der organisierten Arbeiter mit 1084 gegen 207 Stimmen.

Abn., 10. Oktober. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Volksz.“ wird aus Rom gemeldet: In vatikanischen Kreisen spricht man von der Einberufung eines ökonomischen Konzils für Mai 1901.

Hamburg, 10. Oktober. (W. Z. B.) Das Schönergerichte verurteilt heute n. a. h. mehrerer Verurteilung den wegen Ermordung des Dienstmädchens Thruau angeklagten Händler Heinrich Buchholz wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus.

Max Babina in Berlin. Gegen 2 Zeugen u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Soeben ist das Protokoll des Mainzer Parteitag erschienen und zum alten Preis von 50 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen. Dasselbe ist wieder mit überhäuflichem Sach- und Sachregister versehen und enthält ferner eine Zusammenstellung über das Schicksal jedes einzelnen Antrags. Die im Laufe der Verhandlungen abgeänderten oder ergänzten Anträge und Resolutionen sind zur Schluß in ihrem genauen Wortlaut abgedruckt. Durch die Beifügung des Protokolls der Mainzer Frauenkonferenz und die Wiederabgabe der dazugehörigen Beschlüsse und Organisations-Reglements für die Funktionen der verschiedenen Vertrauenspersonen hat das umfangreiche Protokoll eine wesentliche Bereicherung erfahren. Die Parteitagprotokolle haben für unsere Genossen durch ihre getreue und ausführliche Wiedergabe einen bleibenden Wert erhalten; das diesjährige besonders durch die Beratung über die neue Partei-Organisation, die Landtags-Wahlfrage, die Stellung der Partei zur Handels- und Verkehrs-politik und die dringenden Fragen der Welt-politik; es umfaßt 264 Seiten.

Das Protokoll des Pariser Internationalen Kongresses erscheint bereits Anfang nächster Woche.

Zur Landtagswahl in Sachsen-Weimar. Die der „Erfurter Tribune“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind die Wahlmännerwahlen auf den 19. Oktober festgesetzt. Man vermutete längst, daß der Wahltermin so angesetzt würde, daß nur ein kurzer Zeitraum für die Vorbereitungen zur Wahl übrig bleibt. Die Absicht, die damit verknüpft wird, ist klar, man will die Oppositionsparteien überwinden. Diese kleinen Klüngele der reaktionären Diktatoren werden sich aber als verfehlte Spekulationen erweisen.

Parteiunruhen. In einer Parteiverammlung in München, die sich mit dem Mainzer Parteitag beschäftigte, kam auch die Frage der Beitragsleistung zur Centralkasse zur Sprache. Der Delegierte, Genosse Pöckelmann, bemerkte dazu, daß auf dem nächsten bayerischen Parteitag über eine andere Regelung der Beitragsleistung beraten und dafür gesorgt werden wird, daß ein bestimmter Prozentsatz der Beiträge der bayerischen Parteigenossen an die Hauptkasse in Berlin abgeliefert wird.

Die sozialdemokratische Wahltaktik bei den badischen Landtags-Wahlen war Gegenstand eines Flugblatts, welches Genosse Adolf Ged an die Delegierten des Mainzer Parteitag verteilte. Schon auf dem Parteitag führte das Flugblatt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Genossen Adolf Ged und den badischen Vertretern Genossen Dreesebach und Feindrich; auch die bürgerliche Presse bemühte sofort den Vorgang, um von Differenzen und Uneinigkeit innerhalb der badischen Partei zu erzählen. Um keine falschen Deutungen aufkommen zu lassen, wurde vom Vorstand der sozialdemokratischen Landesorganisation, der Kontrollkommission und der Landtagsfraktion zum 7. Oktober eine gemeinsame Konferenz nach Karlsruhe einberufen, die sich mit dem Mainzer Parteitag und dem Flugblatt des Gen. Adolf Ged beschäftigte.

In fünfständiger Sitzung, an der Genosse Adolf Ged teilnahm, wurde die Angelegenheit eingehend erörtert. Das Ergebnis der Konferenz war die einstimmige (Genosse Adolf Ged hatte sich vor der Reichstagsfassung über die Resolution entfernt) Annahme der folgenden

Resolution:

Genosse Adolf Ged verbreitete unter Umgebung des Landesvorstands und der Landesfraktion auf dem Parteitag in Mainz ein

wohlvorberichtetes Flugblatt, worin — die mündliche Begründung des Flugblatts auf dem Parteitag eingeschlossen — folgende Vorwürfe erhoben werden:

1. Das bei der Landtagswahl in Karlsruhe 1897 geschlossene Kompromiß habe in seiner Wirkung zur Korruption in der Partei geführt.

2. Auch in Durlach sei zwei Jahre später mit der bürgerlichen Opposition ein Kompromiß abgeschlossen worden, das ähnliche verwerfliche Erscheinungen gezeigt habe. Ferner hätten bei der Aufstellung der Kandidatur unlautere Mittel mitgewirkt.

Demgegenüber erklärt die Konferenz:

1. Die Art und Weise der Verbreitung des Flugblatts hinter dem Rücken der darin Angegriffenen, die Thatsache ferner, daß die Angelegenheit nicht, wie es in der Partei üblich ist, vor die zunächst zuständige badische Partei-Organisation gebracht wurde, sondern vor den mit den Verhältnissen nicht vertrauten deutschen Parteitag, ist als eine geschehene Herabsetzung einzelner Parteigenossen, durch welche auch die Gesamtpartei empfindlich geschädigt wird, auf das entschiedenste zu verurteilen.

2. Enthält das Flugblatt Unwahrheiten.

Das sogenannte Karlsruher Kompromiß, dem Genosse Ged sein Mandat verdankt, hat in keiner Weise das Prinzip der Partei berührt, geschweige denn die Partei korumpiert, wie der Kampf gegen die Demokratie bei der nur kurze Zeit darauf folgenden Reichstagswahl und unser Sieg in demselben Karlsruhe zeigt.

3. Eine Unrichtigkeit ist es, daß bei der Landtagswahl in Durlach ein Kompromiß abgeschlossen worden sei; die fernere Anschuldigung, daß die Kandidatur Feindrichs mit unlauteren Mitteln zu stande gekommen sei, ist längst durch das Ergebnis einer gewissenhaften Untersuchung der Kontrollkommission als grobe, unhaltbare Verächtigung erwiejen.

4. Entfällt die Konferenz, daß sie den wiederholt angeordneten Enthaltungen des Genossen Ged bezüglich der Uebersetzung des „Volksfreunds“ in Parteiregie mit der größten Ruhe entgegensteht. Die mitwirkenden Parteigenossen sind sich bewußt, so korrekt gehandelt zu haben, daß sie die Enthaltungen über diese Angelegenheit nur wünschen könnten.

Die Konferenz erwartet mit aller Bestimmtheit vom Genossen Adolf Ged, daß er in Zukunft die Interessen der Partei über seine persönlichen Differenzen mit einzelnen Parteigenossen stellt.

Der Vorstand der Landesorganisation:

Opificius, Sturm, Lauber, Klein (Pforzheim).

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion:

Dreesebach, Geiß, Kramer (Mannheim).

Opificius (Pforzheim), Schaler (Karlsruhe).

Die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei Baden:

Dreesebach (Mannheim), Luy (Baden-Baden), Haug (Freiburg).

Feig (Hornberg i. Schw.), Horst (Durlach).

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Verbrechen. In Augsburg wurde vor dem dortigen Schwurgericht der Redakteur Kollwage gegen unsern Parteiblatt wegen Beleidigung des Offiziercorps des 3. Infanterieregiments zu 800 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Reichstags-Abgeordnete Edmund Fischer, Redakteur des „Armen Zeiter“, muß eine Beleidigung, die er gegen den Re-

\*) Genosse Landtags-Mitgl. Feindrich hat davon abgesehen, die Resolution mit zu unterzeichnen, weil er in einem Punkt der Resolution Partei ist; er hat sich aber mit dem Inhalt derselben in allen ihren Teilen vollständig einverstanden erklärt.

dacteur der „Reichenauer Nachrichten“ verübte, gleichfalls mit 800 M. Geldstrafe bestraft.

Als dritter Beleidiger hatte sich der Reichstags-Abgeordnete Thiele, Redacteur von unserm Parteiblatt in Halle, wegen Beleidigung zu verantworten. Es handelte sich um einen im Oktober v. J. unter der Spitzmarke: „Die Volksschule als Ketzergewicht“ veröffentlichten Artikel, in dem kritisiert wurde, daß der Lehrer Dornbusch von der Raumburger Volksschule den nicht getauften Sohn des Parteigenossen Weined als „Heide“ bezeichnet hatte. Lehrer Dornbusch mußte als Zeuge zugeben, daß der Knabe Weined ein sehr tüchtiger Schüler war und daß er, als der Knabe im Religionsunterricht einmal eine sehr gute Antwort gab, dem Jungen erklärt habe: „Wenn Du das Kind eines Christen wärest, hätte ich Dich schon längst aufgefressen.“ Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte an, daß Thiele in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, verurteilte ihn aber zu 300 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Osnabrück wurde von den Arbeitnehmern die Liste des Gewerkschaftsartikels einstimmig gewählt. Von Seiten der Arbeitgeber beteiligten sich nur elf Mann an der Wahl.

Der Streik der Holzbildhauer in Hannover ist beendet. Zwischen den Parteien ist ein Vergleich dahin zu stande gekommen, daß von jetzt ab ein Minimallohn von 24 M. pro Woche gezahlt werden soll. Ueberarbeit wird mit einem Lohnzuschlag von 30 Proz. berechnet. Diejenigen, welche bis jetzt schon 24 M. Wochenlohn hatten, sollen eine Lohnerhöhung von 6 Proz. erhalten.

Unternehmerterrorisimus. Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Verhörort in Westfalen geschrieben, daß dieser Tage in sämtlichen dortigen Fabriken diese Bekanntmachung angeschlagen war: „Um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu stören, haben sämtliche Firmen beschlossen, fernerhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiter-Verbands mehr zu beschäftigen.“ Die Folge war, daß alle Arbeiter aus dem christlichen Verbands austraten. Wo die Arbeiter den Herrschenden und Bestehenden unbehagen werden, da werden sie über einen Kamm geschoren, ob sie sich christlich oder ob sie sich sozialdemokratisch nennen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Anze. Zur Zeit der ersten Teilung 1773 hatte das Königreich Polen 750 000 Quadratkilometer Flächeninhalt, das Deutsche Reich umfaßt jetzt ohne seine Kolonien 340 657 Quadratkilometer.

Anfrage. Cirrus Schumann faßt nach Angabe der Verwaltung 9000 Verlonen, Cirrus Buh nach gleicher Angabe 4500 Verlonen.

Ar. 31. 1. Am 11. Oktober 1899 2. Am 30. Oktober bei Deruder. 3. Der englische General Tomond wurde von dem Boerentourenant Meyer erschlagen. Die Engländer verloren 224 Tote und Verwundete und 243 Gefangene, die Boeren 10 Tote und 96 Verwundete.

G. M. Der Minimalverdienst eines organisierten Schriftsetzers beträgt in Berlin etwa 27 M. die Woche; ein Setzungsfehler kann unter besonderen günstigen Umständen um die Hälfte mehr verdienen. Die Lehrzeit in 1 1/2 Jahre. Man weicht sich Friedrichstr. 225 beim Buchdruckereibesitzer Herrn Dreher, wo der Schüler, der die erste Klasse der Gemeindefschule ein Jahr lang besucht haben muß, auf seine Schulunterschiede hin einem Examen unterworfen wird.

FERDINAND NEUMANN

BERLIN SW.

Leipziger-Strasse 51, Ecke Dönhoff-Platz.

Extra-Verkauf zu herabgesetzten Preisen.

Die dem Bundesrat vorliegenden Ausführungs-Bestimmungen zu dem Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb, hinsichtlich Einführung von Mass- und Gewichts-Einheiten im Garnverkauf, bedingen eine tiefgehende Aenderung bezüglich Verpackung und Aufmachung.

Um mein Garnlager in möglichst kürzester Frist den voraussichtlich bald in Kraft tretenden Bestimmungen anpassen zu können, ist es nötig, die vorhandenen Vorräte zu räumen; deshalb stelle ich zu den herabgesetzten Preisen zum Verkauf:

Alle Garne sind im Preise ermäßigt.

Table with columns for Rockbaumwolle, Zephirwolle, Castorwolle, Smyrnawolle, Deckenwolle, Jackenwolle, Mooswolle, Häkelgarn, Strickwolle. Includes prices and descriptions.

Strümpfe und Trikotagen.

Table with columns for Damenstrümpfe, Herren-Socken, Normalhemden, Herren-Unterjacken, Herren-Unterhosen, Damen-Unterjacken. Includes prices and descriptions.

Handschuhe.

Table with columns for Ringwood-Handschuhe, Tricot-Handschuhe, Lederimitation-Handschuhe, Glacé-Handschuhe. Includes prices and descriptions.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Donnerstag, d. 11. Oktober.**  
**Opernhaus.** Lohengrin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Madame Sans-Gêne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Stoll).** Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches Hoftheater.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Bessing.** Johannistag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residenz.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Butterfette. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Weiten.** Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Das Glück im Winkel. Anfang 8 Uhr.  
**Secessionstheater.** Der Bildhauer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Der Liebesknecht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ensen.** Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Jugendling. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Müller und Schütze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Welter-Klassiker.** Der Prozeßhändler. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Der alte Rudebold. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panopticum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstr. 48/49.** Abends 8 Uhr (im Theateraal): Auf den Wellen des Ozeans.  
**Im Horsaal:** „Das Unwandelbare in der Natur“ von Dr. Nass.

**URANIA \* \***  
**Taubenstr. 48/49.**  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
**Auf den Wellen des Ozeans.**  
 Im Horsaal:  
**„Das Unwandelbare in der Natur“** von Dr. Nass.  
**Invalidenstr. 57/62.**  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
 Die neuen lebenden Photographien.  
 Graf Waldarass.  
 Kampf mit chinesischen Boxern.  
**Konzert**  
 der russischen Nationalkapelle aus Kiow.  
 Kapellmeister Semaschko.  
 Musikanten — Kaspari-Theater — Irgarten — Schreckenskammer.

**Passage-Panopticum.**  
 Letzte Woche:  
**Marokkaner-Truppe.**  
 Vorstellung stündlich.  
**Passage-Theater:**  
 Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

**Thalia-Theater**  
 Heute und folgende Tage:  
**Der Liebesknecht.**  
 Große Ausstattung mit Gesang und Tanz.  
 Im 1. Akt: Musikalisch-automatisches Polkaurri (glänzend, finale).  
 Hauptdarsteller: Thoma, Thielcher, Feinering, Jantzen, Pankow, und die Damen Wilton, Schäfer, Wenzel, Junfer-Schay.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
 Brunnenstraße 16.  
 Heute, Donnerstag, den 11. Oktober:  
**Die Vachtaube.**  
 Voffe mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Jacobson. Musik von Michaelis.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 Freitag:  
**Der Bureaukrat.**

**Schiller-Theater**  
 (Wagner-Theater).  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
 Schauspiel  
 in 3 Akten v. Hermann Sudermann.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die goldne Eva.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**

**Central-Theater**  
 Heute und täglich. Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Der griechische Sklave.**  
 (A Greek Slave.)  
 Aufstufungs-Operette in 3 Akten von Sidney Jones.  
 Morgen und folgende Tage: **Der griechische Sklave.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: Kinder-Vorstellung. **Die Puppe.** Misa Weber.  
 Sonntag, nachmittags 5 Uhr, zu halben Preisen: **Die Weißba.**

**Carl Weiss-Theater**  
 Gr. Frankfurterstr. 132.  
 Seit Charles Zanke ist wohl noch nicht so gesucht worden wie in Müller und Schütze auf der Pariser Weltausstellung.  
 Aufstufungs-Operette in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
 Jeden Sonntag, nachm. 4 Uhr: Kleine Preise. Pünzel und Gretel.  
 Ein neues Kindermärchen v. B. Lang.

**Apollo-Theater.**  
**Letzte Woche!**  
**Venus auf Erden.**  
**Adele Moraw**  
 und die vorzüglichen Oktober-Spezialitäten.  
 Voranzeige! Montag, 15. Okt.: **Fräulein Loreley.**  
 Operette von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke.

**Metropol-Theater.**  
 Des 9 Uhr-Bodenschlusses wegen Beginn der Operette 9.15 Uhr.  
 Der größte Operetten-Ensemble dieser Saison.  
**Eduard Steinberger u. Co.**  
**Der Mandarin**  
 von Tsing-ling-ling  
 sowie das neue phänomenale **Oktober-Special-Prögr.**  
**Jane Pierny.**  
**Bonhair-Truppe.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

**Cirkus Alb. Schumann.**  
 Heute, Donnerstag, den 11. Oktober, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend. Gala-Programm.**  
 6. Gastspiel der fänig. Kaspianischen Hofkapelltruppe.  
**Les Colibris.**  
 Ein Bild in die Märchenwelt. Die 9 kleinsten Menschen der Welt mit ihren prachtvollen Gals-Ganzagen und 6 kleinsten Pferden der Welt darunter das kleinste Pferd der Welt Prinz Nida, 23 Zoll hoch.  
 Zum Schluss:  
 Ein Sensations-Schlag 1. Ranges:  
**CHINA.**  
 Großes Managen-Schauspiel in drei Abteilungen von Hofballmeister A. Stiens, mit ganz neuen Wasser-Effekten, verl. v. Dir. Alb. Schumann.  
**Die Huren in Klantschou.**  
**Der Aufstand der Veger-Krieg.**  
 Die Verbündeten vor Taku-Peking.  
**Die Erklärung der Taku-Forts.**

**Cirkus Busch.**  
 Donnerstag, den 11. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend.**  
 Anfang der Vantomime 10 Uhr.  
**Berliner Landpartien**  
 Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Das Reutern eines mit Musikanten besetzten Bootes.  
**Europäische Kavallerien.**  
 Große Quadrille, geritten in Origin. Uniformen sämtlicher Staaten auf 16 Schulpferden.  
 Sensationell! — Noch nie dagewesen!  
**Frères Frédani.**  
**Die 3 Akrobaten**  
 zu Pferde.

**Sanssouci**  
 Kottbuserstrasse.  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
 Nordd. Säger.  
 Anfang Sonntag 7 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Bon 5-7:  
 Unterhaltungs-Musik.  
 Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Wochentags Tanz frei. Vereins- und Fortzugsbillets wochentags gültig. Gültig zu Festlich. u. Versammlungen.

**Freie Volksbühne**  
 Sonntag, nachmittags 2 1/4 Uhr:  
 IV. Abteilung: Carl Weiss-Theater: „Ueber unsere Kraft“.  
 VII. Abteilung: Lessing-Theater: „Die Macht der Finsternis“.  
 Nachzügler haben kein Anrecht auf einen Sitzplatz, sondern können nur soweit Platz vorhanden, einen Stehplatz erhalten.

**Herbstfest**  
 Sonnabend, d. 13. Oktober, 8 Uhr abends, in der Brauerei Friedrichshain.  
**Künstler-Konzert**  
 Berliner Sinfonie-Orchester. Leitung: Kapellmeister Moser. (45 Musiker.)  
**Vokal-Konzert.**  
 Gäste: Musikmeister Vollerthun, Johanna Brackenhammer, Gustav Waschow, Anna Waschow, sämtlich vom Theater des Westens.  
 Aus dem Instrumental-Konzert-Programm ist hervorzuheben:  
 Krönungsmarsch . . . Meyerbeer. | Fantasie a. d. Op. „Carmen“ . . . Bizet.  
 Ouverture „Der fliegende Holländer“ . . . Wagner. | Intermezzo aus „Naila“ . . . Delibes.  
 Toreador et Andalouse . . . Rubinstein. | Pizzicato aus „Sylvia“ . . .  
 Fantasie aus „Bajazzo“ . . . Leoncavallo. | Ouverture aus „Die lustigen Weiber“ . . . Nicolai.  
 Ouverture aus der Oper „Wilhelm Tell“ . . . Rossini. | usw. usw.  
 Nach dem Konzert: **Tanz.**  
 Festmarken in allen Zahlstellen a 50 Pf. Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt. — Rauchen verboten. — Da nur eine beschränkte Anzahl Besucher zugelassen werden können, empfiehlt sich die baldige Entnahme der Festmarken.  
 Freitag, den 10. Oktober, in Cohns Festsälen, Benthstr. 19/20:  
**General-Versammlung.**  
 1. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Fränkl über: „Kunst und Censur“.  
 2. Geschäfts- und Kassenbericht.  
 294/6 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Meissner Dombau Gold-Lotterie**  
 zur Erneuerung des Domes in Meissen.  
 13160 Geldgewinne und 1 Prämie im Betrage von  
**375,000 Mark.**  
 Die Hauptgewinne sind ev.  
**100000 spec. 60000 40000 20000 10000 M.**  
 Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.,** Bank-Geschäft  
 Berlin W., Friedrich-Strasse 181.  
 Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstrasse 63.  
 Ziehung 20. bis 26. Oktober cr.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
 Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche. Direktion:  
 Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hütt.  
 Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.  
**Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.**  
 Jeden Donnerstag:  
 Im neuen Festsaal: **Große Soiree der „Norddeutschen Säger“**  
 Hummermann, Steinhardt, Stangenberg etc.  
 Kaffeezerstreuung 7 Uhr. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**  
 Jeden **Grosses Militär-Streich-Konzert.**  
 Sonntag: **Max Kliem.**  
 Anfang 6 Uhr.  
 Empfehle meine 3 Säle: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften. 57059

**Palast-Theater**  
 früher Foen-Palast, Burgstr. 22.  
**Das Sensations-Oktober-Prögr.**  
 8 1/2 Uhr. Neu! 9 1/2 Uhr.  
**Der olle Muckebold.**  
 Schwanz in 1 Akt von G. v. Moser.  
 Emanuel Kauf, Reutier:  
 Direktor **Richard Winkler.**  
 Im Reiche des Satans. Große Original-Pantom. der Vulkan-Truppe.  
 Duo Morodas, Trentis-Duet, einzig dastehend.  
 Außerdem: 15 Attraktions-Nummern.  
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.  
 Entree: 50 Pf.

**Reichshallen.**  
 Täglich: **Stettiner Säger.**  
 Anfang:  
 Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
 Entree 50 Pfennig.  
 Borverkauf 40 Pf.

**Deutsche Konzerthallen**  
 Spandauer Brücke.  
 Täglich  
**4 ausländische 4 Kapellen**  
 Gr. Theater-Vorstellung.  
**Polster-Wöbel!**  
 Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen zu soliden Preisen. J. Lindemann, Barnimstr. 2, I. Etage.  
 Eigene Werkstatt im Hause!

36 wohne fest (128/10)  
 Bunsenstr. 34, II links,  
 Eingang: Wicelstraße.  
 Spracht. 8-10, 4-5.  
**Dr. med. A. Rabe.**  
**Herren-Vortrag**  
**Karl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über „Eugenische und erbliche Männerleiden“, Freitag, 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Ressource, Kommandantenstr. 57. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Keller-Versammlung.  
**Speck** mager . . . 65  
 fetter . . . 65  
 Schafische Wurst . . . 45  
 Thür. Rotwurst . . . 55  
 Festschinken . . . 65  
 Polische Zwiebelwurst . . . 55  
 h. Leberwurst . . . 75  
 Braunsch. Weiwurst . . . 85  
 Bolnische . . . 65  
 Rettwurst . . . 65  
 Schlackwurst . . . 85  
 Salami, weiche . . . 85  
 harte . . . 110  
 Döpreuß. Landhäutchen . . . 90  
 Lindenstraße 10.  
**Clahn,** Chauffeestraße 27.  
 Wils-Dröbitz 15.

**Grosser Möbelverkauf.**  
 In meinen großen Möbellokerräumen **Gneisenaustraße 15**  
 liegen viele Wohnungs-Einrichtungen, verließen gemeine und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Beste Gelegenheit für Brautleute. Teilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu sehr billigen Preisen ist es mir möglich, geschmackvolle Einrichtungen schon für 100, 150, 200 und 400 Mark, sowie herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark und darüber zu liefern. Ganz besonders empfehlenswert und billig ist der große Vorrat verblieben gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu sind. Kleiderschrank 24, Kommode, Sofa, Bettstellen mit Matrassen 24, Nußbaum furnierte Kleiderschrank, wie Vertikal 32, französische Tischbeistellen mit Raracayen 40 Mark, Kuschel-Kleiderschrank 35, Säulen-Kleiderschrank, Trumeau 45, Buffet, neue Tischgarnituren von 100-1000 Mark an. (33959)

**Anker-Briketts**  
 sind zu haben bei  
**Friedr. Daniel u. Co.**  
 Berlin W. 8., Leipzigerstr. 29.

**Möbel**  
 in gediegener Ausführung.  
 auch auf (55093)  
 Teilzahlung.  
**H. & M. Lewent**  
 131. Oranienstr. 131.

**Teilzahlung**  
 monatl. 10 M. liefert elegante Herren-Warderobe nach Maß, auch bar Kaffe zu billigsten Preisen. J. Tomporowski, Schneidermeister, Reudenstraße 16. Fertige Garderobe, von Maßschneider gearbeitet, stets vorrätig. (56302)

**Möbelstoffe!!**  
 auch Reste! alle Qual. selten billig!  
 Gelegenheitskauf:  
**Mocquett-Pflische 5,35 M.**  
 per Meter (130 cm breit). (53578)  
 Muster b. näherer Angabe franco.  
**Emil Lefevre,** Berlin S., Oranienstr. 158.

**Nußbaum-Möbel,**  
 a. Einrichtungen, dar unter Teppiche, Vorhänge, Gardinen, Stores, Tru-meuze, Tischgarnituren, Paneele, Sofas, Plantons, Bildschirme, verschiedene Gelegenheitskäufe, alles spottbillig beim **Nationalen Wärdernstr. 137,** nachmittags 2-8 Uhr. (52574)

**Möbel**  
 und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Hause. (56093)  
**Bukow,** Invalidenstr. 13. Lager: Parterre u. I. Etage.  
**14 Tage auf Probe**  
 versende ich überall hin  
**ff. Harzer Kanarienvögel.**  
 Bitte, verlangen Sie kostenfrei die Preisliste von (57909)  
**L. G. Müller,** Bogelzüchter, Nordhausen a. S.

**Möbel**  
**Special-Geschäft** für bürgerliche Einrichtungen  
**Fr. C. Schulz** vorm. A. Rienz,  
 Landsbergerstr. 41, I. Teilzahlung.

**Anker Brikets**  
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!  
 Anerkannt vorzüglichste Qualität!  
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!







Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Der Arbeiterklub Berlin, insbesondere des sechsten Wahlkreises zur Nachricht, daß der Inhaber des Gesellschaftshauses Thalia, Gartenstr. 18, seine Lokalitäten aus zu Veranlassungen nicht mehr bereit ist. — Gleichzeitig weisen wir die Genossen nochmals darauf hin, bei Abschließen von Festlichkeiten die Klausel einzufügen, daß, wenn die Säle aus zu Veranlassungen nicht mehr hergegeben werden, die bereits abgeschlossenen Festlichkeiten als hinfällig zu betrachten sind.

Arbeiter-Bildungsschule. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich die Bibliothek im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Treppen, befindet. Wieder-Eröffnung: Montag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr. Der Vorstand.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen in Nizdorf. Die Erswahlungen für die durch den Urteilspruch des Ober-Verwaltungsgerichts aus dem Roten Hause hinausgedrängten sieben Parteigenossen finden heute, Donnerstag, von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr statt. Nicht genug, daß man es der Arbeiterschaft unmöglich gemacht hat, sich den gebührenden Einfluß in der kommunalen Verwaltung zu verschaffen, hat man auch diese geringen Rechte, die uns durch das Dreiklassen-Wahlrecht verblieben sind, noch mehr geschnitten, indem man verlangt, daß die Hälfte der Stadtverordneten „Allein-Besitzer“ eines Hauses sein müssen. Es ist den bürgerlichen Parteien gelungen, einen Teil unter tüchtigsten Genossen, die am unerschrockensten die Interessen der Arbeiter vertreten haben, aus dem Stadtparlament zu entfernen. An der arbeitenden Bevölkerung Nizdorfs liegt es, daß an Stelle der bisherigen Vertreter Männer gewählt werden, die unsere Forderungen ebenso gewissenhaft vertreten. Ehrenpflicht für jeden Parteigenossen ist es, alle Kräfte anzuspinnen, damit es uns nicht gegenwärtig gelingt, Vertreter in die dritte Abteilung zu entsenden. Leider sind wir aus taktischen Gründen gezwungen, diesmal nur einen Kandidaten in allen sieben Bezirken zur Wahl zu stellen. Wir hoffen, daß die Beteiligung trotzdem eine regere wie bisher sein wird und der Wahltag zu einem neuen Ruhmetag für das sozialdemokratische Nizdorf werden wird. Wahlberechtigt ist jeder preussische Staatsangehörige, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist und bis zum 1. Juli d. J. das 24. Lebensjahr erreicht hat, sowie mindestens die 2. Steuerstufe (1,33 M. pro Vierteljahr) bezahlt.

Das Wahlbureau befindet sich im Apollo-Theater, Hermannstr. 49. Alle auf die Wahl bezüglichen Vorkommnisse sind dort zu melden.

Kandidat für alle Bezirke ist Karl Hennig.

Gewählt wird in folgenden Bezirken:

- Bezirk 1, umfassend: Ganner Chaussee, Gannerstraße, Wärdnerstraße, Herbergstraße, Kieboldstraße, Kieboldgasse, Wittelshausweg, Wärdnerplatz, Kieboldstraße, Dreptomerstraße, Straße 188a. Wahllokal: Evangelisches Vereinshaus, Wärdnerplatz 16. (Themasches Lokal.)
Bezirk 2, umfassend: Berge 52-68, Bodestraße, Jägerstraße, Jägerstraße, Kieboldstr. 1-9 u. 35-49, Schöneheidestraße, Seltene Straße, Wärdnerstraße. Wahllokal: Hollmachers Lokal, Berge 67.
Bezirk 3, umfassend: Berlinerstraße 1-40 und 62-107. Wahllokal: Hildebrandtsches Lokal, Berlinerstraße 105.
Bezirk 4, umfassend: Galtstraße, Kieboldgasse, Wärdnerstraße, Wärdnerstraße. Wahllokal: Neue Welt, Galtstraße 108-111.
Bezirk 5, umfassend: Prinz Handjerystraße. Wahllokal: Wittenbergisches Lokal, Prinz Handjerystraße 69.
Bezirk 6, umfassend: Kieboldstraße, Steinmetzstr. 20-67. Wahllokal: Garmannsches Lokal, Kieboldstr. 59.
Bezirk 7, umfassend: Edmundostraße, Hermannstr. 90-166, Herthastraße, Kieboldstr. 10-34, Kieboldstraße, Kieboldplatz, Kieboldstraße, Wärdnerplatz, Weg, Kieboldstraße, Kieboldstraße. Wahllokal: Graßmünderisches Lokal, Hermannstr. 156.

Kommunales.

Der Magistrat hat für die erforderlich gewordenen Stadtverordneten-Erswahlungen einen gemeinschaftlichen Termin auf Dienstag, den 6. November d. J., anberaumt. Die Wahlen finden statt im 1. Wahlbezirk III. Abteilung (Stadtbezirk 1 bis 10) für den verstorbenen Stadtverordneten Jordan von vormittags 9 bis abends 8 Uhr im Hotel „Alfährter Hof“, Neuer Markt 11/12, großer Saal 1 Trepp; in diesem Bezirk ist ein Hausbesitzer zu wählen; im 4. Wahlbezirk II. Abteilung (Stadtbezirk 33-37) für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Bienstrud von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr im Kieboldstr. 15/16 bei Strauß; im 5. Wahlbezirk I. Abteilung (Stadtbezirk 21, 28-30, 50 und 51) für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Soff von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr im Kieboldstr. 117/118 bei Strauß. Gemeindefürsorge, Wilhelmstr. 117 pl. Die bei allen Stadtverordneten-Wahlen werden auch jetzt die Wähler vom Magistrat noch besondere Wahlkarten zugestellt erhalten.

Das Ortsstatut, betreffend die Aufstellung der Beamten im Berliner Gemeinbedienste, war, wie gemeldet, vom Oberpräsidenten beanstandet und gegen den die Genehmigung verweigert. Die vom Magistrat Beschwerde beim Minister des Innern erhoben worden. Wie vorausgesehen, hat Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg nunmehr auch die Beschwerde des Magistrats unter dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß die frühere Ablehnung des Ortsstatuts im Einklang mit dem Minister des Innern erfolgt sei. Diese letztere Verfügung des Oberpräsidenten, die in einem auffallend scharfen Tone gehalten sein soll, stellt an den Magistrat die kategorische Forderung, „nunmehr endlich“ die Verhältnisse der von ihm beschäftigten Beamten im Sinne des Gesetzes betreffend die Aufstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 zu regeln. Schlimm genug, daß der Magistrat von oben herab an seine Pflicht erinnert werden muß.

Lokales.

Bürgermeister Brinkmann und die Wohnungsfrage.

Bereits an seiner früheren Wirkungsstätte in Königsberg hatte unser neuer Bürgermeister, dessen am Donnerstag voriger Woche verkündetes Reformprogramm ja auch die Wohnungsfrage in sich schließt, verschiedentlich Gelegenheit, sich in dieser für die ärmeren Bevölkerungsschichten überaus wichtigen Frage zu betätigen. Ein uns aus der Stadt der reinen Vermunft zugegangener Bericht zeigt zu unser Freude, daß auch ein Bürgermeister sich vorwärts entwickeln kann. Denn damals, als Herr Brinkmann passender Gelegenheit hatte, einen etwa vorhandenen Wohnungsreformplan in die Tat umzusetzen, benahm er sich so, daß auch die Berliner Wärdner des Hausagrarierturns, über die es sich Donnerstag wie ein Keil in der Frühlingssnacht herabstürzte, ihre helle Freude an dem jetzigen Reformator erlebt haben würde.

Mit dem Königsberger Fall, der sich in den Jahren 1895-96 abspielte, verhält es sich folgendermaßen:

Der sozialdemokratische Bauverein in Königsberg reichte angesichts der Wohnungsnot bei den städtischen Behörden eine Petition ein, in der er den Bau von Mietshäusern mit kleinen Wohnungen aus kommunalen Mitteln forderte. Die Petition wurde vom Magistrat abgelehnt. Als in der Stadtverordneten-Versammlung vom 24. März 1896 die Petition zur Beratung stand, betonte Bürgermeister Brinkmann, daß es nicht Sache der Kommune sei, Wohnhäuser zu bauen, und daß die Privatbauhütigkeit ausführen würde, sobald die Stadt sich auf derartige Bauten einlasse; es bestehe keine Notwendigkeit, daß der Wohnungsfrage auf andern Wege als durch Privatbauhütigkeit entsprochen werde. Bezeichnend für das Verständnis, das Bürgermeister Brinkmann damals der Wohnungsfrage entgegen brachte ist ferner die Haltung,

welche er in der Stadtverordneten-Versammlung etwas früher einnahm, als die Errichtung einiger Wohnhäuser für städtische Arbeiter diskutiert wurde. Der Magistrat wollte, daß in diesen Häusern die Hälfte der Wohnungen nur aus einem Zimmer mit Küche bestehen solle, die andere Hälfte aus zwei Zimmern, Kabinett und Küche. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Haase beantragte jedoch, daß sämtliche Wohnungen aus Stube, Kabinett und Küche zu bestehen hätten, da es sozialpolitische Pflicht der Kommune sei, die Lebenshaltung ihrer Arbeiter zu heben und eine Wohnung mit nur einem Zimmer nicht als menschenwürdig erachtet werden könne. Darauf erwiderte Bürgermeister Brinkmann, daß nach seinen Ermittlungen die Mehrzahl der Arbeiter gar nicht das Bedürfnis habe, neben dem Zimmer noch ein Kabinett zu besitzen. Als unser Genosse Haase dem Herrn Bürgermeister antwortete, er scheine Bedürfnis mit Geldbeutel zu verwechseln, das Bedürfnis würde sich zeigen, wenn die Stadt den Arbeitern für billiges Geld geräumige Wohnungen verschaffen würde, da antwortete Herr Brinkmann, es sei nicht die Aufgabe der Kommune, den Hausbesitzern in der Stadt Konkurrenz zu machen!!!

Die Zeiten, in denen Bürgermeister Brinkmann einen solchen hausbesitzerfreundlichen Standpunkt einnahm, liegen in einer grauer Vergangenheit hinter uns. Aus dem Sould ist ein Paulus gesunder Sozialreform geworden, der gemäß seinem am Donnerstag verkündeten Programm dem sozialen Kommunalfreistum schon Weine machen wird. Oder doch nicht?

Das Glend unter den Handlungsgehilfen wird durch folgende Anzeige im 3. Heftblatt der Nr. 462 des „Lokal-Anzeigers“ gekennzeichnet: Buchhalter wird für einige Stunden des Tages gesucht. Per Monat 10 M. Unter den Linden 50a. Rechnet man nur drei Stunden täglicher Arbeitszeit, so ergibt dies einen Stundenlohn von 13 Pf. Und das wagt man einem erwachsenen Menschen anzubieten!

Wie die Kunst nach Brot geht. Uns wird geschrieben: In einem der ersten Hotels unter den Linden ist eine Musikkapelle täglich für den Preis von 50 M. beschäftigt. Von dieser Summe erhält der Agent für die einmalige Mieth der Wohnung jeden Tag 14 M. der Kapellmeister erhält für sich 18 M. und in die nunmehr übrig bleibenden 18 M. haben sich die fünf Musiker zu teilen, auf die ein Tagelohn von 3,33 M. bis 4,33 M. fällt.

Für diesen Hungerlohn wird eine siebenstündige künstlerische Tätigkeit verlangt; die großen Unkosten für Provision und welche Wäsche hat der Musiker natürlich ebenfalls aus seiner Tasche zu zahlen.

Zuweisen dauert die Beschäftigung über sieben Stunden hinaus; diese Nebenzeit wird mit Trinkgeldern entlohnt, von denen der Kapellmeister, selbst wenn er nicht mehr zugegen ist, stets die doppelte Rate für sich in Anspruch nimmt. Als die Musiker schließlich die Arbeit niederlegten, gelang es dem Agenten, dank dem Mangel an Solidaritätsbewußtsein, unter den Musikern sofort Erfolg zu schaffen. Raum werden sich die Musiker gegenüber solcher Wirtschaft endlich zu strenger Organisation zusammenschließen?

Zum Reunehr-Ladenbesuch. Der 13. Bezirk der Barbier- und Friseur-Jungung, welcher den jüdischen Teil der Konigsbergstadt umfaßt, hat beschlossen, am 15. d. M. den Reunehr-Ladenbesuch einzuführen. Hoffentlich folgen die Barbiergeschäfte der übrigen Bezirke bald diesem Beispiel.

Da hört doch alles auf! Dienstag fand im sechsten Wahlkreis eine Versammlung für Centrumswähler statt. Das Vergnügen, worauf sich diese Partei lapiciriert hat, ist zu harmlos, als daß es irgendwelche Beachtung verdient. Nur um zu zeigen, mit welchen Mitteln man sich in frommen Kreisen zu behelfen gezwungen sieht, erwähnen wir, daß ein Redner der Sozialdemokratie im Roten Hause zum Vorwurf machte, sie habe sich in der Coalsfrage nicht energisch genug benommen. Vermuthlich würde ein Centrumswahlverordneter in der Sitzung vom 17. Mai d. J. die sozialdemokratischen Reden und Entwürfe durch den Vorschlag übertrumpft haben, die sämtlichen Entwürfe aus dem Coalsverkauf der katholischen Kirche zu überweisen.

Deutsch-chinesische Moral. Eine Anlage wegen Erpressung, bei welcher ein Chinese beteiligt ist, wird demnach die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen. Im Jahre 1896 lernte der damals bei der chinesischen Gesandtschaft angestellte Licheng-hi-juan eine junge Berlinerin kennen, verkehrte in ihrer Familie und knüpfte mit ihr ein Verhältnis an, das seinen Verwicklungen nach mit einer Heirat enden sollte. Das Verhältnis hatte zuvor die Folge, daß das Mädchen einem Anaben das Leben gab. Nun stellte sich heraus, daß Herr Licheng verheiratet war und seine rechtmäßige Gattin in Peking zurückgelassen hatte. Seine hiesige Geliebte verheiratete sich später mit einem Kaufmann, der ein „Agentur“ und Konsulatsgeschäft betrieb. Der Chinese war so freigeigig gewesen, dem jungen Ehepaar die Kosten zu der ersten Einrichtung im Betrag von einigen tausend Mark zu zahlen. Bald geriet der Übermann in schwere geschäftliche Bedrängnis und dann nahm er wiederholt den früheren Liebhaber seiner Ehefrau in Anspruch. Herr Licheng will im ganzen gegen 10 000 M. geopfert haben. Als aber immer neue Anforderungen an seinen Geldbeutel gestellt wurden, zeigte er noch rath vor seiner durch den deutsch-chinesischen Krieg veranlaßten Rückkehr nach China die frühere Geliebte wegen Erpressung bei der Staatsanwaltschaft in Berlin an. Die Anklagebehörde findet die Erpressung in einigen Briefen, in denen dem Chinesen von seiner früheren Geliebten gedroht wird, sie werde ihm das Unterpfand ihrer Liebe in Gestalt ihres kleinen Sohnes namens „Rupp“ auf die Stufen des Gesandtschaftshotels legen. Sie wurde in Untersuchungshaft genommen. Ihre Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, wird Beweis dafür antreten, daß jene Erpressungsbriefe überhaupt nicht von der Angeklagten herrühren, sondern von ihrem Ehemann, der es auch vorgezogen hat, ins Ausland zu flüchten.

Die Schreckensherrschafft der „Großen“. Der am Sonntag von einem Straßenbahnwagen der Linie Zinkstraße-Wilmersdorf überfahren und tödlich verletzte Arbeiter Knooch ist das 21. Opfer der Großen-Berliner Straßenbahn im Laufe des letzten Vierteljahres. Im Monat Juli wurden in Berlin und Umgegend von den Wagen der Großen-Berliner 9 Personen totgefahren, davon 3 an einem einzigen Tage, und 13 schwer verletzt, im August gab es 7 Tote und 15 Schwerverletzte, im September 4 Tote und 16 Schwerverletzte, im September 21 Tote und 44 Schwerverletzte.

Wie die städtische Verwaltung sich angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten nunmehr bald zum Bau eines großen Systems von Untergrundbahnen zu entfassen? Es wäre ein schöner Sieg der Humanität, wenn die in der ganzen Bevölkerung tief verhasste Gesellschaft durch eine wirksame Konkurrenz schnell und endgültig fall gestellt werden könnte.

Ultramontaner Hyazinthismus. In der „Märk. Volksztg.“ finden wir schwarz auf weiß folgendes mitgeteilt: Die Herzengüte der Kaiserin. Einestags besichtigte die Kaiserin bei ihrer letzten Anwesenheit in Kabinen auch das Schulhaus, als gerade der dort angestellte Lehrer Herr Unterrecht erteilte. Hierbei erkundigte sich die Kaiserin bei dem Lehrer nach dem Ergehen seiner Familie und erfuhr, daß die Ehefrau des Lehrers bereits seit längerer Zeit wegen Krankheit das Bett hütete. Nach Verlassen der Schule sandte die Kaiserin sofort ihren Leibarzt, Generalarzt Dr. Junker, nach der Lehrerswohnung, der in Gemeinschaft mit dem ebenfalls von der Kaiserin herbeigeeufenen praktischen Arzt Dr. Mattusch aus Tolkemitt, die Patientin untersuchte. Nachdem das Ergebnis dieser Untersuchung der Kaiserin mitgeteilt worden war, ordnete Ihre Majestät auf ihre Kosten die Ueberführung der Schwerekranken in die Winkl. Klinik zu Königsberg i. Pr. an. Nach Wiederherstellung Ihrer Ge-

sundheit wird Frau Lehr, ebenfalls auf Kosten der Kaiserin, zur Nachkur einen Badeort aussuchen.

Daher hat die ultramontane Presse derartige Geschichten dem „Kleinen Journal“ und Blättern ähnlicher Provenienz überlassen. Neuerdings scheint das anders werden zu sollen.

Zu dem Verschwinden des Goldwarenhändlers Wolf wird uns von einer ihm nahestehenden Seite mitgeteilt, daß von einer Flucht keine Rede sein kann. Herr Wolf sei auf Reisen gegangen, wie er das häufig thue. Auch sei es falsch, daß er von der schweizerischen Grenze aus an seine Gattin geschrieben habe. Einem großen Aufwand habe Herr Wolf ebenfalls nicht getrieben, der Konkurs des Geschäftes sei herbeigeführt worden durch große Ausfälle und besonders durch das Konkursament eines hiesigen Geschäftsmanns. Wie groß die Unterbilanz sei, siehe auch nicht fest.

Das Ende einer Konzertreise. Die auf Konzerttönen befindliche Kapelle des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments in Berlin mußte plötzlich die in Köln in Aussicht genommenen Konzerte abgeben, weil der Unternehmer mit den gesamten vorher vereinbarten Geldern von Dürren aus flüchtig geworden ist. Das Regimentskommando erließ die telegraphische Weisung, die Konzertreise abzubrechen und sofort nach Berlin zurückzukehren. Der Reinertrag der Konzerte war zum Besten der deutschen Truppen in China bestimmt.

Flüchtig geworden unter Mitnahme inkassierter Mieten ist der Herr D. Gräber, der seit fast drei Jahren die der Witwe K. Wilmacher-Wapp gehörigen neuen Häuser Nr. 86/88 der Mauerstraße verwaltete. Der Mann hat seine Frau mit vier Kindern in Stich gelassen und ist mit einer 16jährigen Verkäuferin, einer beträchtlichen Mietsumme und 900 M. Ersparnissen seiner Frau durchgegangen.

Das Centralbureau der Berliner Unfallkationen und das Bureau der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft ist von Wilhelmstr. 33 nach Poststr. 81, Hof I verlegt worden.

Eine jugendliche Diebesbande, die eine Freilassung den Norden der Stadt mischer machte und namentlich im August dieses Jahres in der Gegend der Schwedter- und Chorinerstraße hauste, ist bis auf den Führer von der Kriminalpolizei dingfest gemacht und in Untersuchungshaft gesetzt worden.

Ein brennender Straßenbahnwagen verursachte Mittwochabend eine Alarmierung der Feuerweh nach der Prenzlauer Allee, Ecke Danzigerstraße. Hier war bei einem Accumulator durch Schmelzung einer Bleisicherung Kurzschluß entstanden, was eine Entflammung der benachbarten Holzteile zur Folge hatte. Die Fahrgäste verließen den Wagen in größter Eile, worauf der Brand schnell abgelöscht wurde. Ammerlein aber dauerte es geraume Zeit, bevor der Holz wieder flott gemacht werden konnte, weshalb auch eine größere Verkehrsstockung auf der Linie eintrat.

Zu Großstadtdiebstahl. Verunglückte gestern, Mittwoch nachmittag der 30 Jahre alte Hausdiener Paul Redzinski aus der Straßenerstr. 49, der erst vor kurzem nach Berlin kam. Auf dem Wege, Arbeit zu suchen, wurde er auf dem Alexanderplatz von einem elektrischen Wagen umgestoßen und von einer Droste überfahren. Der Verunglückte erlitt einen komplizierten Bruch des linken Unterarms und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Die Aushebung eines Knipsernecks erregte gestern früh in der Eisenerstraße nicht geringes Aufsehen. Schon seit geraumer Zeit waren der Polizei Klagen zugegangen, daß in einem bestimmten Hause an der Gartenstraße nicht alles in Ordnung sei. Eine Ueberprüfung des Hauses bestätigte die Angaben, und gestern früh wurde das Nest ausgehoben: die beide Herbergsmutter und fünf Dörner mählten unter polizeilicher Bedeckung den Weg zum Revierbureau antreten, von wo sie nach dem Polizeipräsidium geschafft wurden.

Herr Littaner, Landwehrstr. 11, teilt uns zu dem Brand in seiner Fabrik mit, daß der Betrieb nicht ruhe und die Störungen in ganz kurzer Zeit beseitigt sein werden, so daß mit den vorhandenen Hilfsmitteln in vollem Umfang weiter gearbeitet werde. Daß der Brand durch nicht vollständig abgelöschte Kohlen in der Schmiede entstanden ist, beruht nicht auf Wichtigkeit, da sich bei Schluß der Fabrik in der Schmiede kein Feuer mehr befand. Sämtliche Lagervorräte, sowohl an fertigen Waren als auch an Rohmaterialien und Cartomagen re. sind vollkommen unverletzt geblieben.

Straßenspernung. Die Grünstraßen-Brücke ist wegen Erneuerung des Belags für Fuhrwerke und Reiter gesperrt worden.

Von der Tischlerlehre. Vom 3. bis 8. Oktober fand Reichensbergerstr. 131/32 eine Ausstellung des VI. städtischen Gewerbebaus und der V. Berliner Tischlerlehre statt. Beide Ausstellungen befinden sich seit Ostern 1896 in den Räumern der 151. Gemeindefabrik unter Leitung des Direktors Schammann. Die Schülerzahl hat sich in dieser Zeit verdoppelt, was angesichts der ausgestellten Arbeiten leicht erklärlich ist. Besonders die Tischler haben Leistungen von fast durchweg künstlerischem Werte ausgeführt. Viele der hier ausstellenden Schüler sind Rechner in größeren Fabriken und Zeichen-Künstlern, einer darunter ist sogar Lehrer an der Tischlerlehre geworden. Ein hier neu eingerichteter Kursus für Zutatisten (Einlagen), die hier gezeichnet, geschnitten und bis zur Polierfertigkeit hergestellt werden, erregte allgemeine Bewunderung. Auch die Zeichnungen der Mechaniker, Schlosser, Elektriker und Maschinenbauer zeigen neben großem Fleiß und Verständnis besondere Exaktheit und Sauberkeit in der Ausführung. Hervorzuheben ist noch die Modellierklasse, die, obgleich erst ein Jahr bestehend, sich recht reichhaltig und gefällig präsentiert. Als Kunstwerk war hier ein Faun in Lebensgröße zu bewundern, wie auch ein mit Weimannen umgebener Brunnen, gedacht als Nekrolage einer Weinhandlung. Tierköpfe, Vorträts, Leuchter, Beschläge usw. zeugen vom Fleiß der Schüler und hohem Geschick des leitenden Bildhauers, Herrn Sonnenfeldt.

Die neue Direction des Passage-Theaters wird am 1. November dieses Jahres in Thätigkeit treten. Direktor Theodor Rosenfeld hat u. a. mit Herrn Martin Reimer vom Victoria-Theater und dem Berliner Komiker Dugo Schulz abgeschlossen. Als erster Kapellmeister wurde Herr Leo Haller vom Central-Theater verpflichtet. Bei den täglichen Vorstellungen sollen neben Spezialitäten ersten Rangs je zwei Opern aufgeführt werden.

Im Hof der Urania, Landwehrstraße, hält Herr Dr. Rah einen Vortrag über „Das Unwandelbare in der Natur“. Es ist dies der erste Vortrag eines aus zehn Vorträgen bestehenden Zyklus über Experimentalkemie.

Theater. Im Apollo-Theater wird Montag zum erstenmal die Aufführungssperre „Hänslein Vorellen“ aufgeführt. — Dr. Karl Hampfmann hat das Aufführungsgeld seines fünfaktigen Schauspiel „Ephraim Breiter“ dem Schiller-Theater überlassen.

Aus den Nachbarorten.

In Steglitz hat die Gemeindeverwaltung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums, das der Gemeindevorsteher kürzlich feierte, gegen eine Stimme beschlossen, das Bild des Jubilars zum Preise von 3000 M. für das Amtszimmer malen zu lassen und dem Leiter der Gemeinde bei eintretender Pensionierung das volle Gehalt in Höhe von 7200 M. zu gewähren. Verschiedene Erswahlungen werden nächstens vorgenommen sein, u. a. eine solche in der dritten Klasse für den ausgeschiedenen Herrn Hofloff. Dieser Sitz, in dem ein Mieter aufgestellt ist, kam mit einiger Anstrengung von der Arbeiterpartei erobert werden. — Die schon seit Jahren schwebende Aufhebung des Schmaragdorfer Wegs wurde endlich gegen die Stimmen der „Unabhängigen“ beschlossen, die dadurch ihr bestes Stiefkind los sind. Die Befreiung des polizeiwidrigen Zu-

stands jener hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Gegend und ihre Erschließung für die Bauhätigkeit ist nun gewährleistet. Die Gemeinde hat für das freiverwendende Baugebiet eine Baustelle von den Anliegern eingetauscht. In der Gemeindevertretung kam auch die Angelegenheit des Maurermeisters Reiche zur Verhandlung, der, wie seiner Zeit berichtet wurde, die neue Turnhalle bauen soll und sich nachträglich weigert, ohne die Streiklausel den Zuschlag anzunehmen. Der Gemeindevorsteher verlangte merkwürdigerweise Ausschluß der Öffentlichkeit, was von G. W. Rapp (Soz.) energisch belämpft wurde. Bei der Abstimmung hierüber entschied infolge Stimmengleichheit der Gemeindevorsteher für geheime Sitzung. Beschlossen wurde, den Kontraktberechtigten Unternehmer nicht auf Erfüllung des Vertrags zu verklagen, sondern die Arbeit neu auszuschreiben, wobei jedoch Offerten mit Streiklausel als nicht abgegeben betrachtet werden sollen.

### Gerichts-Beitrag.

**Appetitliches Bier.** Gegen das „Verschneiden“ mit „Ripp-Bier“, „Tropf-Bier“ oder „Leberlauf-Bier“ richtete sich eine gestern gegen den Kassierer Giertz, den Büffetier Kothermund und die Zapper Marx und Rudolph verhandelte Anklage wegen Nahrungsmittel-Verfälschung. Die Angeklagten waren von der Wobranerei zum Verzapfen des Biers einer großen Konzertsalle nahe dem Bahnhof Börje ange stellt. Ein dort thätig gewesener Stellner hatte eine Strafanzeige erstattet und darin behauptet, daß auf Anordnung des ersten Angeklagten die Zapper Bierpanscherlei verübten. So werde das Bier, welches beim Füllen der Gläser überlaufe und dem Zapper mitunter über die Hände gehe, in einer Fintwanne gesammelt und andres Bier damit vermischt. Dasselbe geschehe mit dem „Ripp-Bier“. Der letzte Rest eines Fasses, welcher nicht mehr durch den Hahn hindurch gehe, werde durch Umkippen des Fasses durch das keineswegs saubere Spundloch in eine Kanne gegossen und dem zu verzapfenden Biere hinzugefügt. Die Behauptungen wurden in der schöffengerichtlichen Verhandlung durch die Beweisaufnahme im allgemeinen bestätigt. Das Schöffengericht war der Meinung, daß das in den Kannen gesammelte Bier entschieden minderwertig sei und somit eine grobliche Nahrungsmittel-Verfälschung vorliege. Es verurteilte den ersten Angeklagten zu 14 Tagen, die übrigen zu je 1 Woche Gefängnis. In der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz war vom Gericht als Sachverständiger der Brauereidirektor Gregorj geladen, ihm gegenüber hatte Rechtsanwalt Leop. Meyer den Sachverständigen für das Gastwirtsgeverbe, Herrn Kudenburg vorladen lassen. Die Angeklagten erklärten, daß die von ihnen befolgte Methode der Verwendung des Leberlauf- und Rippbiers bei den Gastwirten allgemein üblich sei und sie es gar nicht anders kennen. Der Sachverständige Gregorj erklärte die Verwendung des Leberlaufbiers, welches dem Zapper unbedingt hier und da über die Finger gehe, für geradezu unzulässig und stellte sich auf den Standpunkt, daß auch das Rippbier minderwertig sei. Der Sachverständige Kudenburg

war bezüglich des letzten Punktes anderer Ansicht und bestätigte, daß die Verwendung dieses Biers zum Verschneiden allgemein üblich sei. Während der Staatsanwalt die Verurteilung der Berufung beantragte, hielt Rechtsanwalt Leop. Meyer eine Freisprechung für geboten, da das zum Verschneiden benutzte Bier keineswegs von schlechter Beschaffenheit war. Eventuell würde die Festsetzung einer kleinen Geldstrafe mehr als ausreichen. — Der Gerichtshof erblidete ebenso wie das Schöffengericht in dieser Verwendung von Leberlauf, Tropf- und Rippbier zum Verschneiden ein Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz. Das Urteil des Schöffengerichts wurde daher mit der Maßgabe bestätigt, daß die Strafe gegen Giertz auf 100 M., gegen Kothermund und Marx auf je 20 M., gegen Rudolph auf 5 M. ermäßigt wurde. Uebrigens hat Giertz seit Erhebung der Anklage schon diese Versteckungs-Methode aufgegeben und läßt das Leberlauf- und Rippbier einfach weggießen. Das hätte er nur von Anfang an thun sollen.

**Tuberkulöses Fleisch.** Unerquickliche und unsichere Zustände werden dadurch hervorgerufen, daß die Behörde in Weissensee bei der Beurteilung der Frage inwieweit tuberkulöses Fleisch zu beanstanden ist, einen anderen Maßstab anlegt, als das Berliner Untersuchungsamt. Der Fleischschaubeamte giebt tuberkulöses Fleisch frei, wenn es nur am Brustfell tuberkulöse Erscheinungen zeigt. Die Stelle wird einfach fortgeschritten und der Stempel darauf gedrückt. Allerdings muß jedes von außerhalb eingeführtes Fleisch in Berlin einer Nachuntersuchung unterworfen werden, diese Bestimmung soll aber vielfach umgangen werden. Im September d. J. wurde ein Großschlachtermeister aus Weissensee erwischt, als er in seinem Stände in der Central-Markthalle einige Rinderviertel feilhielt, die das hiesige Untersuchungsamt nicht paßiert hatten und als sich dies Fleisch als tuberkulös erwies, wurde angenommen, daß er, dies wissend, das hiesige Untersuchungsamt umgangen hatte. Zwei seiner Angestellten sollten ihm dabei Hilfe geleistet haben. Im gestrigen Termin vor der 8. Strafkammer des Landgerichts gingen die Ansichten der Sachverständigen darüber, wann das Fleisch als tuberkulös zu beanstanden sei, auseinander. Es wurden sehr verschiedene Grenzen gezogen. Die Angeklagten wurden nicht für überführt erachtet, sich des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig gemacht zu haben und dieserhalb freigesprochen, dagegen wurde der Angeklagte Großschlachtermeister Heinrich Schüy für schuldig befunden, das Untersuchungsamt in Berlin gestiftlich umgangen zu haben, weil er wußte, daß die Kontrolle hier eine schärfere ist als in Weissensee. Er wurde dieserhalb zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt.

### Vermischtes.

**Brennende Fahrradfabrik.** Aus Frankfurt a. M. wird vom Mittwoch berichtet: Infolge einer aus bis jetzt noch unbekannter Ursache entstandenen Explosion brach heute mittag kurz vor 12 Uhr im nördlichen Teil des Fabrikgebäudes der Adler-Fahradwerke vorm. Meyer Großfeuer aus. Die 800 in der Fabrik be-

schäftigten Arbeiter konnten sich, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sämtlich retten, doch trugen ziemlich viele mehr oder weniger schwere Brandwunden davon. Das dritte und vierte Stockwerk des nördlichen Flügels der Fabrik ist vollständig zerstört. Ueber 3000 zum Versand bereit stehende Fahrräder sind vernichtet. Sämtliche Feuerwehren sind auf der Brandstätte anwesend. Von den Feuerwehrleuten sind vier verletzt, darunter einer schwer. Auf dem Wege zur Brandstätte fuhr ein Wagen der elektrischen Straßenbahn in einen Mannschafswagen der Feuerwehr, wobei ein Pferd schwer verletzt wurde.

**Opfer des Eisenbahn-Sparsystems.** Amlich ist dem bedauerndsten Expeditionsgesellen Weipert bekanntlich die Schuld an dem furchtbaren Eisenbahnunglück bei Heidelberg zugeschoben worden. Das „Heidelberg-Tagel.“ bestätigt die gestern schon gebrachte Meldung, daß Weipert völlig überarbeitet war und trotzdem den schweren Dienst an der Unglücksstätte ganz allein versehen mußte. Die Enttätigung des Publikums richtet sich weniger gegen den bedauerndsten Beamten, als gegen das herrschende ungeliche System, nach welchem so wichtige und verantwortungsvolle Posten, die einen ganzen Mann erfordern, jungen und unerfahrenen Beamten anvertraut werden.

Nach diesem darf man gespannt sein, ob Weipert die Person ist, die der Staatsanwalt auf die Anklagebank bringen wird.

**Ueber einen gemeinsamen Selbstmord** von drei jugendlichen Uebeltätern berichten die „Hamb. Nachr.“: In einem Eisenwarengeschäft an der Michaelisstraße hatten fünf Angestellte seit längerer Zeit die Kassenkassens durch minderwertige ersetz und die unterliegenden Gelder verjubelt. Während man zwei Angestellte festnehmen konnte, entliefen die übrigen drei durch die Flucht. Wie die Festgenommenen ausgesagt haben, hatten die jugendlichen Verbrecher unter sich abgemacht, sich sofort das Leben zu nehmen, wenn die That entdeckt würde. Diesen Voratz haben die Entflohenen ausgeführt. Wie der Telegraph aus Magdeburg mitteilt, haben die flüchtigen Kommiss Albrechten, Reimers und Reinde nach einer toll verlebten Nacht sich auf der Stadiflur durch Revolvergeschüsse das Leben genommen.

**17 Fischereifahrzeuge vermisst.** Den „Times“ wird aus Saint Johns (Neufundland) berichtet: Seit dem Sturme vom 12. September fehlt Nachricht über 17 französische Fischereifahrzeuge aus St. Pierre mit 200 Personen Besatzung. Zusammen mit den Unglücksnachrichten von andern französischen Fahrzeugen ergäbe sich ein Verlust von mehr als 300 Menschenleben. An Fischern aus Neufundland sind außerdem noch 100 ungelommen.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Oktober 1900.** Kälter, veränderlich, vielfach wolfig mit Regenfällen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher.** (Zweigverein Berlin.) Donnerstag, den 11. d. M., abends 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Außerordentliche General-Versammlung. Bericht über den Reunions-Vandenschluß.

# Vollständiger Ausverkauf wegen Geschäfts-Auflösung!

Meine grossen Lager müssen bald geräumt werden.

## Versäumen

Mein 10 jähriges Bestehen bürgt für die Vorzüglichkeit meiner Waaren!

Nach Schluss des Ausverkaufs verkaufe meine Laden-Einrichtung!

Sie nicht die Gelegenheit, meinen Total-Ausverkauf zu besuchen und überzeugen Sie sich von der Menge der Waaren in Manufactur und Leinen und der Billigkeit derselben. Staunen erregend sind die gestellten Preise!

**Alle Waaren sind unter Preis!**

**Einzig in seiner Art!**

Mein 10 jähriges Bestehen bürgt für die Vorzüglichkeit meiner Waaren!

**Hente und folgende Tage:**

Einzelne Roben und Reste in Kleiderstoffen und Seide sowie Leinen, Baumwollwaaren, Barohend, Velour, Handtuch etc.

1 Posten: Strassenkleiderstoffe, doppelbt., jetzt von	20 Pf. an.
1 Posten: reinwollene Stoffe, „ „ „	40 „ „
1 Posten: Ballcrêpe, „ „ „	38 „ „
Seidene Damassé, . . . . .	80 „ „
„ Bengaline, . . . . .	50 „ „
Wasch-Zephyrs, . . . . .	22 „ „
Kleider- u. Wäschebesätze, . . . . . Meter	2 „
Velourborden . . . . .	3 „

• Kleider-Samnte in allen Farben — sehr billig •

zu jedem nur annehmbaren Preise!

Corsets, Handschuhe etc.  
 Steppdecken, Schlaf- u. Bettdecken,  
 Tischtücher, Handtücher, Servietten,  
 Thee- u. Essgedecke, Gartendecken,  
 fertig genähte Bezüge, Züchen, Inlette,  
 Hemden für Damen und Herren,  
 Gardinen, Portièren, Tischdecken,  
 Unterröcke, Schürzen.

**Alexanderstr. 14 a,**  
 vis-à-vis der Blumenstrasse,  
 2 Minuten von der Jannowitzbrücke.

## Kaufhaus M. Schneider Nachf., Berlin O.,

Wegen Verzögerung der polizeilichen Abnahme kann

die Eröffnung

unsres Kaufhauses erst

heute Donnerstagnachmittag 5 Uhr

bestimmt erfolgen.

H. Joseph & Co.

Rixdorf, Berlinerstr. 55, Ecke Jägerstrasse.